

Die Tätigkeit der Bank

Dieses Kapitel gibt einen Überblick über die Initiativen zur Förderung der Zusammenarbeit unter Zentralbanken und anderen Instanzen des Finanzsektors, die die BIZ und die bei ihr angesiedelten Ausschüsse im vergangenen Jahr unternommen haben. Überdies werden die Finanzdienstleistungen, die die Bank ihren Zentralbankkunden anbietet, kurz vorgestellt. Abschließend werden die jüngsten Entwicklungen in der Bank zusammengefasst. Die in diesem Kapitel erwähnten Berichte sowie der größte Teil der Forschungsergebnisse der Bank sind auf der BIZ-Website (www.bis.org) oder auf Anfrage in Papierform erhältlich.

1. Direkte Beiträge der BIZ zur internationalen Zusammenarbeit im Währungs- und Finanzbereich

Bei ihren Bestrebungen, die Zusammenarbeit im Währungs- und Finanzbereich zu fördern, geht die Bank im Wesentlichen auf zweierlei Art vor: Sie organisiert Sitzungen, und sie beherbergt das Sekretariat verschiedener Ausschüsse, von denen mehrere direkt den G10-Zentralbankpräsidenten unterstehen. In diesem Zusammenhang waren im Berichtszeitraum wiederum zwei Besonderheiten zu beobachten, die schon in früheren Jahresberichten vermerkt wurden. Die erste ist der zunehmend globale Charakter des Teilnehmerkreises wie auch der Diskussionsthemen der von der BIZ organisierten Sitzungen. Die zweite ist das immer breitere Spektrum von Instanzen aus dem Finanzsektor, die neben den Zentralbanken teilnehmen. In dieser Hinsicht entspricht die Bank dem Bedürfnis, alle beteiligten Parteien – darunter auch den privaten Sektor – in die Debatte über die Stabilität des Finanzsystems einzubeziehen.

Die Förderung der Finanzstabilität ist darüber hinaus der Grund für eine stetige Ausweitung des Tätigkeitsbereichs jener Sekretariate, die zwar bei der BIZ untergebracht, aber nicht den G10-Zentralbankpräsidenten unterstellt sind. Zurzeit haben sowohl das Forum für Finanzstabilität (FSF) als auch die internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden (International Association of Insurance Supervisors, IAIS) ihr Sekretariat bei der BIZ. Bei ihrer Gründungsversammlung von Anfang Mai 2002 beschloss auch die internationale Vereinigung der Einlagensicherungen (International Association of Deposit Insurers, IADI), ihr Sekretariat bei der BIZ anzusiedeln.

Die Rolle der BIZ bei der Förderung des Verständnisses für Aufsichtsfragen unter Zentralbanken und Aufsichtsinstanzen äußerte sich auch in einem noch größeren Engagement des Instituts für Finanzstabilität (FSI), das gemeinsam von der BIZ und dem Basler Ausschuss für Bankenaufsicht gegründet worden ist. Um direkter auf das Bedürfnis der Zentralbanken nach regionaler

Zusammenarbeit eingehen zu können, hat die BIZ-Repräsentanz für Asien und den Pazifik in der Sonderverwaltungsregion Hongkong ihren Tätigkeitsbereich weiter ausgedehnt; gleichzeitig ebnet der Abschluss des Aufnahmelandabkommens zwischen Mexiko und der BIZ den Weg für die noch in diesem Jahr vorgesehene Eröffnung einer Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent, die sich besonders den Anliegen der Zentralbanken der westlichen Hemisphäre widmen wird. Schließlich wurde wiederum eine enge Zusammenarbeit mit regionalen Zusammenschlüssen von Zentralbanken gepflegt.

Regelmäßige Beratungen über Währungs- und Finanzfragen

Im Berichtszeitraum trafen sich die Präsidenten und andere hochrangige Vertreter der BIZ-Aktionärszentralbanken im 2-Monats-Rhythmus, um Entwicklungen im Wirtschafts- und Finanzbereich zu analysieren und einen Gedankenaustausch über aktuelle Themen und Anliegen zu pflegen.

Die Entwicklung der Weltwirtschaft war das Hauptthema der *Weltwirtschaftssitzungen*, zu denen die Zentralbankpräsidenten der wichtigsten Industrieländer und aufstrebenden Volkswirtschaften zusammenkommen. Wichtige Schwerpunkte waren im vergangenen Jahr die Beurteilung von Schwachstellen in Wirtschaft und Finanzwesen im Kontext des weltweiten Konjunkturabschwungs, die Folgen der tragischen Ereignisse des 11. September 2001 für die Währungs- und Finanzpolitik, die Auswirkungen einer Reihe von Konkursen namhafter Unternehmen auf das Funktionieren der Märkte und die Argentinien-Krise. Diese Themen sowie Fragen, die in anderen Sitzungen aufgeworfen worden waren, wurden in den *Sitzungen der Zentralbankpräsidenten der G10-Länder* vertieft. Darüber hinaus besprachen die G10-Zentralbankpräsidenten die laufende Arbeit der ihnen unterstellten Ausschüsse und genehmigten die Veröffentlichung mehrerer Papiere, die die Ausschüsse oder deren Arbeitsgruppen verfasst hatten (s. weiter unten). Im Januar 2002 trafen sich die G10-Zentralbankpräsidenten sowie die Leiter der G10-Bankenaufsichtsinstanzen, um ein breites Spektrum von Fragen im Zusammenhang mit dem Abschluss und der darauf folgenden Umsetzung der *Neuen Eigenkapitalvereinbarung* zu erörtern. Zwei Treffen auf hoher Ebene wurden mit Vertretern großer Finanzinstitute des privaten Sektors organisiert, das eine zwischen Zentralbankpräsidenten und CEOs, das andere zwischen den jeweiligen direkten Stellvertretern. Beide Treffen boten Gelegenheit für einen Gedankenaustausch über die potenziellen Auswirkungen verschiedener aktueller Entwicklungen auf die Finanzmärkte; hierzu zählten die Argentinien-Krise, neue Mechanismen zur Kreditrisikoübertragung, Unternehmenskonkurse und Probleme bestimmter Branchen.

Bei den alle zwei Monate stattfindenden Treffen ist jeweils eine Sitzung, an der die Präsidenten aller BIZ-Aktionärszentralbanken teilnehmen, einem bestimmten Thema gewidmet. Solche Themen waren im vergangenen Jahr u.a. die Folgen der zunehmenden Verwendung der Preise von Vermögenswerten als Informationsvariable in der Kommunikationsstrategie der Zentralbanken und bei der Umsetzung der Geldpolitik, die Auswirkungen von elektronischen Finanzgeschäften (E-Finance) auf die Geldpolitik, Kapitalströme und Kapitalverkehrspolitik in aufstrebenden Volkswirtschaften sowie makro-

ökonomische und finanzwirtschaftliche Probleme in Bezug auf demografische Veränderungen und die Entwicklung der Rentenversicherungssysteme. In der Sitzung vom November wurden operationelle Probleme und entsprechende Lösungsansätze im Zusammenhang mit den Ereignissen des 11. September behandelt.

Die alle zwei Monate stattfindenden Sitzungen des *Ausschusses der Gold- und Devisenexperten*, dessen Mitglieder in den G10-Zentralbanken für Marktgeschäfte verantwortlich sind, waren vor allem den Entwicklungen an den wichtigsten Geld- und Devisenmärkten gewidmet. Mehrmals wurden Teilnehmer aus den wichtigsten Volkswirtschaften außerhalb der G10 eingeladen. Ferner standen auf der Tagesordnung des Ausschusses die Analyse der Liquiditäts- und Abwicklungsprobleme nach den Ereignissen des 11. September, die Auswirkungen der Argentinien-Krise auf die Devisenmärkte sowie die Entwicklungen bei der Continuous Linked Settlement Bank (CLS-Bank). Im Mai 2002 wurde der Ausschuss in *Märkteausschuss* umbenannt, um dem Schwerpunkt seiner Tätigkeit besser gerecht zu werden.

Während des Jahres wurden auch immer wieder Ad-hoc-Sitzungen zu Themen von besonderem Interesse für Zentralbanken organisiert, bei denen ein breites Spektrum von Experten des Finanzsektors vertreten war. Wichtige Themen waren E-Finance, die Rechnungslegung nach dem Marktwertprinzip sowie die Messung von sich im Zeitverlauf ergebenden Risikoveränderungen und entsprechende Handlungsmöglichkeiten für die Zentralbanken. Anlässlich des traditionellen *Herbsttreffens der Volkswirte* untersuchten die Teilnehmer die Wechselbeziehungen zwischen der Funktionsweise der Märkte und der Politik der Zentralbank. Das *Frühjahrstreffen der Volkswirte* war aktuellen Konjunkturfragen gewidmet.

Die Bank organisierte wiederum Sitzungen zu Fragen, die für aufstrebende Volkswirtschaften besonders wichtig sind. So wurden z.B. geldpolitische Seminare mit Schwerpunkt Asien, Lateinamerika und erstmals auch Mittel- und Osteuropa abgehalten. Die BIZ berief erneut eine spezielle Sitzung für die stellvertretenden Gouverneure der afrikanischen Zentralbanken ein, bei der die geldpolitischen Herausforderungen auf dem afrikanischen Kontinent erörtert wurden. Anlässlich der 71. ordentlichen Generalversammlung der Bank trafen sich die Zentralbankpräsidenten der wichtigsten aufstrebenden Volkswirtschaften zu einem Gedankenaustausch am runden Tisch über Fragen der Geld- und Währungspolitik ihrer Länder angesichts der aktuellen Weltwirtschaftslage. Bei einer zweitägigen Sitzung Ende Dezember schließlich diskutierten die stellvertretenden Gouverneure der Zentralbanken aufstrebender Volkswirtschaften darüber, wie die inländischen Märkte für Schuldtitel aufgebaut bzw. weiterentwickelt werden könnten.

Förderung der Finanzstabilität durch die ständigen Ausschüsse

Basler Ausschuss für Bankenaufsicht

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision, BCBS) setzte im vergangenen Jahr seine wichtige Arbeit fort, die

Stabilität des Finanzsystems durch Formulierung und Aktualisierung von Richtlinien zu zentralen Fragen der Bankenaufsicht zu fördern. Die wichtigste und am meisten beachtete Initiative des Ausschusses in jüngster Zeit ist die Erarbeitung eines neuen Rahmenkonzepts für die Beurteilung der Eigenkapitalausstattung von Banken. Der Ausschuss setzte aber auch seine Bemühungen um die Stärkung verschiedener Aufsichtspraktiken in G10- und anderen Ländern fort. Dabei arbeitete er häufig mit anderen internationalen Gremien zusammen.

Im Berichtszeitraum erzielte der Ausschuss erhebliche Fortschritte bei der Arbeit an seiner neuen Eigenkapitalregelung für das weltweite Bankensystem. Die *Neue Eigenkapitalvereinbarung* wird dem Risikograd der Geschäfte der Banken besser Rechnung tragen und die Berücksichtigung finanzieller Innovationen erleichtern. Die neue Regelung wird den Banken ferner größere Anreize zu Verbesserungen im Bereich von Risikomessung und -management bieten.

Im Januar 2001 veröffentlichte der Ausschuss sein zweites Konsultationspaket zur *Neuen Eigenkapitalvereinbarung*. In einem intensiven und noch andauernden Dialog und Konsultationsprozess mit dem Bankgewerbe sind über 200 Stellungnahmen eingegangen. Inzwischen hat der Ausschuss seine Überlegungen zu einigen der anspruchsvollsten Bereiche der *Neuen Eigenkapitalvereinbarung* in mehreren Arbeitspapieren näher dargelegt und weitere Gespräche mit dem Bankgewerbe zu diesen zentralen Fragen eingeleitet. Vor allem galt es, auf Bedenken über mögliche Nebenwirkungen der neuen Regelung einzugehen, die in der Öffentlichkeit große Beachtung fanden. Beispielsweise untersuchte der Ausschuss die Frage, wie ein risikogerechter Ansatz gegen die Komplexität der Verfahren abzuwägen ist, und ging auf die Befürchtung ein, dass eine risikogerechtere Eigenkapitalregelung den Konjunkturzyklus verstärken könnte. Der Ausschuss befasste sich ferner mit Bedenken über die Auswirkungen der *Neuen Eigenkapitalvereinbarung* auf kleine und mittlere Unternehmen; er arbeitet daran, dass diese angemessen berücksichtigt werden.

Angesichts des Einflusses der *Neuen Eigenkapitalvereinbarung* auf die Bankenlandschaft weltweit hat der Basler Ausschuss beschlossen, zunächst eine umfassende Qualitätssicherung vorzunehmen und dann ein drittes und letztes Konsultationspapier herauszugeben. Drei Untersuchungen zu Teilbereichen der Bankportfolios sind schon durchgeführt worden, aber der Ausschuss bereitet derzeit eine letzte, umfangreiche Erhebung für den Herbst 2002 vor. Damit genügend Zeit für die Analyse der Ergebnisse zur Verfügung steht, wird die Veröffentlichung des dritten Konsultationspapiers auf 2003 verschoben; noch im selben Jahr soll dann die *Neue Eigenkapitalvereinbarung* fertig gestellt werden. Mit Hilfe dieser Verlängerung des Verfahrens soll gewährleistet werden, dass die endgültige Fassung der Eigenkapitalvereinbarung den gesteckten Zielen entspricht.

Da sich die *Neue Eigenkapitalvereinbarung* ihrem Abschluss nähert, hat der Ausschuss außerdem begonnen, ihre Umsetzung zu planen. Er ist überzeugt, dass die Bemühungen der Aufsichtsinstanzen um die Umsetzung der Eigenkapitalvereinbarung gezielter Unterstützung bedürfen, wenn die Vereinbarung erfolgreich sein soll. Daher wurde eine „Umsetzungsgruppe“

geschaffen – ein Forum, das Aufsichtsinstanzen die Möglichkeit geben wird, Informationen und Umsetzungsmöglichkeiten in Bezug auf die *Neue Eigenkapitalvereinbarung* auszutauschen.

Eines der Hauptziele des BCBS besteht darin, zu besseren Aufsichtsstandards für das gesamte internationale Finanzsystem beizutragen, und zwar durch die Pflege von Beziehungen zu Aufsichtsinstanzen, die Veröffentlichung von Grundsatzpapieren, die Veranstaltung von und Teilnahme an Konferenzen sowie durch Schulungsangebote. In seinen jüngsten Publikationen gab der Ausschuss u.a. Empfehlungen zur Handhabung des operationellen Risikos ab und veröffentlichte Grundsätze für das Risikomanagement beim E-Banking. Aufgrund einer Frage, die im Rahmen der Kontakte des FSI mit Aufsichtsgremien außerhalb der G10 aufgetreten war, veröffentlichte der Ausschuss 2001 ein Papier zu den wesentlichen Elementen von Grundsatzabkommen („Memoranda of Understanding“), die als Referenz für den Aufbau bilateraler Beziehungen zwischen den Bankenaufsichtsinstanzen verschiedener Länder dienen können. Auf Ersuchen des FSF übernahm der Ausschuss die Federführung für die Studie einer Arbeitsgruppe von Aufsichtsinstanzen aus aller Welt über den Umgang mit wirtschaftlich schwachen Banken. Der Bericht der Arbeitsgruppe stützt sich auf die Erfahrung zahlreicher Länder und soll mit seinen Empfehlungen für alle Arten von Banken und Bankensystemen anwendbar sein.

Die Task Force des BCBS zu Rechnungslegungsfragen hat Grundsatzpapiere und Richtlinien zu wichtigen Rechnungslegungs- und Revisionsfragen herausgegeben, u.a. zur Rolle der internen Revision in Banken sowie zum Verhältnis zwischen Bankenaufsicht und externer Revision. Außerdem erstellte der Ausschuss für das FSF eine Analyse des Kreditrisikos der Banken in schwachen Wirtschaftssektoren, insbesondere dem Telekommunikationssektor und den von den Ereignissen des 11. September 2001 am härtesten getroffenen Branchen.

Vor kurzem hat der Ausschuss außerdem eine Reihe von Schritten skizziert, die er zur Unterstützung des internationalen Kampfs gegen die Terrorismusfinanzierung ergreifen will. Er hat sich einen Überblick über die Erfahrungen der Bankenaufsicht und sonstiger Instanzen verschafft, um herauszufinden, ob Hindernisse für einen Informationsaustausch über die Terrorismusfinanzierung bestehen und welche Maßnahmen gegebenenfalls zu ergreifen sind. Der Ausschuss setzt sich auch dafür ein, dass die Bemühungen um die weltweite Einführung der Standards aus seinem Bericht *Sorgfaltspflicht der Banken bei der Feststellung der Kundenidentität* fortgesetzt werden.

Der Ausschuss arbeitet nach wie vor eng mit einem großen Kreis von Nichtmitgliedsländern zusammen, um solidere Aufsichtsverfahren zu entwickeln. Die *Grundsätze für eine wirksame Bankenaufsicht*, der anerkannte internationale Standard, werden schrittweise umgesetzt; über 60 Länder haben inzwischen freiwillig an einem Länderbeurteilungsprogramm von IWF/Weltbank (Financial Sector Assessment Program) teilgenommen. Die Core Principles Liaison Group des Ausschusses, in der 15 aufstrebende Volkswirtschaften vertreten sind, überwacht diesen Prozess; ihre Eigenkapital-Arbeitsgruppe leistet einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der *Neuen*

Eigenkapitalvereinbarung. Experten aus Aufsichtsgremien von Ländern außerhalb der Zehnergruppe wirken in einer Reihe von Fachgruppen des Ausschusses mit. Die Zusammenarbeit mit Aufsichtsinstanzen der aufstrebenden Volkswirtschaften erfolgt auf regionaler Ebene. Der Ausschuss nahm erneut aktiv an den Sitzungen und Konferenzen regionaler Bankenaufsichtsgruppen teil; über das FSI bot er zudem kontinuierliche technische Hilfe an. Der Ausschuss hat ferner das Patronat der 12. Internationalen Konferenz der Bankenaufsichtsbehörden übernommen, die im zweiten Halbjahr 2002 in Kapstadt, Südafrika, stattfinden wird. In der Regel nehmen an dieser Konferenz Delegierte aus rund 130 Ländern teil. Schwerpunkt der Konferenzdebatten werden die *Neue Eigenkapitalvereinbarung* und die Förderung stabiler finanzieller Rahmenbedingungen in aufstrebenden Volkswirtschaften sein.

Ausschuss für das weltweite Finanzsystem

Der Ausschuss für das weltweite Finanzsystem (Committee on the Global Financial System, CGFS) beobachtete weiterhin die Finanzmärkte mit dem Ziel, potenzielle Schwachstellen zu ermitteln. Besondere Aufmerksamkeit wurde dem wechselseitigen Einfluss von Realwirtschaft und Finanzmärkten im Verlauf des Konjunkturabschwungs geschenkt. In diesem Zusammenhang ging es immer wieder um die Frage nach Belegen dafür, wie gut das Finanzsystem die Risiken im Zusammenhang mit verschiedenen Komponenten des IT-Sektors zu streuen vermocht hatte. Der Ausschuss beobachtete ferner die Reaktion der Finanzmärkte auf einige außergewöhnliche Ereignisse des vergangenen Jahres. Seine Beurteilungen brachte er über seine Teilnahme an der Arbeit des FSF auf breiter offizieller Ebene ein. Darüber hinaus knüpfte der CGFS an frühere Arbeiten an und gab mehrere Berichte heraus.

Im April 2001 wurde der Bericht *A survey of stress tests and current practice at major financial institutions* veröffentlicht. Ziel der Studie war, Einblick in die Rolle von Stresstests im Risikomanagement zu erhalten und zu ermitteln, welche Ausnahmeereignisse als signifikante Risiken galten. Zusammenfassungen dieses Berichts wurden wiederum von einer Reihe von Mitgliedszentralbanken des Ausschusses im Rahmen ihrer eigenen Bemühungen veröffentlicht, über aktuelle Entwicklungen der Risikomanagementpraxis zu informieren. Seit Juni 2001 ist das CGFS-Diskussionspapier *Structural aspects of market liquidity from a financial stability perspective* auf der CGFS-Seite der BIZ-Website verfügbar. Ebenfalls im Juni organisierte der CGFS im Anschluss an seinen veröffentlichten Bericht *Collateral in wholesale financial markets: recent trends, risk management and market dynamics* einen Workshop über Sicherheiten an Großhandels-Finanzmärkten, an dem Vertreter von Zentralbanken und aus dem privaten Sektor teilnahmen.

Im Februar 2002 wurde der Arbeitsgruppenbericht *IT innovations and financing patterns: implications for the financial system* veröffentlicht. Darin wird hervorgehoben, dass die Informationstechnologie bei einer grundlegenden Umstrukturierung der Wirtschaftsprozesse inner- und außerhalb des IT-Sektors als Katalysator wirken und das Risiko/Ertragsprofil von Unternehmen verändern kann. Der Bericht analysiert die Konsequenzen dieser

Entwicklungen für die Gestaltung von Finanzkontrakten, die Unternehmensbewertung und das Risikomanagement sowie die Risikoallokation.

Der CGFS nahm auch neue Projekte in Angriff. Im September 2001 setzte er zwei Arbeitsgruppen ein, die eine für die Übertragung von Kreditrisiken, die andere für Anreizstrukturen beim institutionellen Portfoliomanagement. Die beiden Arbeitsgruppen sollen ihre Abschlussberichte bis Ende dieses Jahres vorlegen.

Im März 2002 veranstaltete der CGFS die dritte Forschungskonferenz von Zentralbanken für Risikomessung und Systemrisiko, zu der Fachanwender, Forscher und Zentralbankvertreter bei der BIZ zusammenkamen. Die Konferenz wurde gemeinsam mit der Bank of Japan, dem Federal Reserve Board und der EZB organisiert. Im Zentrum standen Fragen im Zusammenhang mit der Risikomessung und dem Systemrisiko aus der Perspektive der Zentralbanken, insbesondere die Art und die Herkunft von Marktliquidität, jüngste Fortschritte bei Risikomessmethoden, Ursachen von Bankkrisen sowie marktübergreifende und überregionale Ansteckungseffekte.

Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme

Der Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme (Committee on Payment and Settlement Systems, CPSS) setzte seine Bemühungen um die Förderung sicherer und leistungsfähiger Zahlungsverkehrs- und Abwicklungssysteme fort, wobei er häufig mit anderen internationalen Gremien und Gruppen zusammenarbeitete und stets zahlreiche Nicht-G10-Zentralbanken einbezog.

Im November 2001 veröffentlichten der CPSS und das Technical Committee der International Organization of Securities Commissions (IOSCO) die endgültige Fassung der *Recommendations for Securities Settlement Systems*. Der Veröffentlichung dieser Empfehlungen für Wertpapierabwicklungssysteme waren die Publikation eines Konsultationsberichts im Januar 2001 und ein öffentliches Konsultationsverfahren, das im April 2001 endete, vorausgegangen. Der Bericht wird durch eine Beurteilungsmethodik ergänzt werden, die noch in diesem Jahr fertig gestellt werden soll. Der IWF und die Weltbank sind an der Erarbeitung dieser Methodik beteiligt, die für ihr gemeinsames Financial Sector Assessment Program sowie für Selbsteinschätzungen dienen soll.

Mit dieser jüngsten gemeinsamen Initiative und den Empfehlungen für Ausgestaltung, Betrieb und Überwachung von Abwicklungssystemen für Wertpapiergeschäfte wollen sich CPSS und IOSCO dafür einsetzen, dass in diesen Systemen Maßnahmen ergriffen werden, um Risiken zu vermindern, die Effizienz zu steigern und eine angemessene Sicherheit für die Anleger zu gewährleisten. Die Empfehlungen betreffen sowohl die einzelnen Systeme als auch die Verknüpfung von Systemen in verschiedenen Ländern. Wie schon die vom CPSS im letzten Jahr veröffentlichten *Grundprinzipien für Zahlungsverkehrssysteme, die für die Stabilität des Finanzsystems bedeutsam sind*, trägt auch dieser Bericht zu den internationalen Bemühungen um die Behebung von Schwachstellen im weltweiten Finanzsystem bei und gehört zu den einschlägigen Standards und Kodizes, die das FSF zusammengestellt hat.

Die CPSS-Arbeitsgruppe für den Massenzahlungsverkehr ermittelte und analysierte wiederum neue Trends bei den Massenzahlungsinstrumenten und -systemen und untersuchte die grundsätzlichen Bedenken, zu denen sie Anlass geben könnten. Darüber hinaus überwachte der CPSS nach wie vor die weltweiten Entwicklungen bei elektronischen Geldprodukten und prüfte ihre mögliche geldpolitische Bedeutung. In seiner jüngsten Erhebung im November 2001 veröffentlichte der Ausschuss Informationen über elektronische Geldprodukte, die in rund 80 Ländern bzw. Territorien in Gebrauch sind oder eingeführt werden sollen. Die Erhebung enthält ferner Angaben zur Politik der zuständigen Behörden, auch der Zentralbanken, im Zusammenhang mit diesen Produkten.

Ein wichtiger Aspekt der laufenden Arbeit des CPSS ist nach wie vor die Umsetzung seiner von den G10-Zentralbankpräsidenten 1996 gebilligten Strategie zur Verminderung des Erfüllungsrisikos bei Devisenhandelstransaktionen. Zu diesem Zweck beobachtete und unterstützte der CPSS weiterhin Initiativen des privaten Sektors in diesem Bereich.

Der CPSS arbeitete weiter am Ausbau seiner Kooperation mit Zentralbanken in Ländern außerhalb der G10, insbesondere in aufstrebenden Volkswirtschaften. Für Nachschlagezwecke erstellte das CPSS-Sekretariat gemeinsam mit den betreffenden Zentralbanken Berichte über die Zahlungsverkehrssysteme mehrerer Länder. Ferner leistete der Ausschuss logistische und fachliche Unterstützung für Workshops und Seminare über Zahlungsverkehrsfragen, die von der BIZ in Zusammenarbeit mit regionalen Zentralbankgruppen organisiert wurden.

Repräsentanz für Asien und den Pazifik

Seit ihrer Eröffnung im Juli 1998 trägt die Repräsentanz für Asien und den Pazifik aktiv zur Förderung des Informationsaustausches und der Zusammenarbeit unter Zentralbanken der Region sowie zwischen ihnen und den Zentralbanken in der übrigen Welt bei. Die Eröffnung eines Dealing Room der Regionalen Treasury im Oktober 2000 verstärkte die Bedeutung der Repräsentanz, da diese nun den Zentralbanken während der lokalen Geschäftszeiten Bankdienstleistungen anbieten kann.

Anfang 2001 wurde der Asian Consultative Council (ACC) ins Leben gerufen, für den die Repräsentanz das Sekretariat stellt. Die erste Sitzung des ACC wurde im Juni 2001 in Basel abgehalten, die zweite im Februar 2002 in Hongkong. Der ACC fördert die Kommunikation zwischen den regionalen Zentralbanken und dem Verwaltungsrat sowie der Direktion der BIZ; die Bank erhält dadurch nützliche Hinweise für ihre Tätigkeit in der Region.

Im Berichtszeitraum war die Repräsentanz Gastgeber für mehrere Treffen auf hoher Ebene in Hongkong oder half bei der Organisation solcher Treffen mit. Die vierte Sondersitzung asiatischer Zentralbankpräsidenten fand im Februar 2002 statt und bot Gelegenheit, die aktuelle Wirtschaftslage und die Wechselkurssteuerung in Asien zu erörtern. Darüber hinaus wurde eine Reihe von Expertentreffen organisiert. Im Rahmen einer Konferenz über geldpolitische Verfahren diskutierten Fachanwender aus Zentralbanken von innerhalb und außerhalb der Region im April 2001 über die operativen

Aspekte der Geldpolitik. Im Dezember 2001 trafen sich zum zweiten Mal die internen Revisoren regionaler Zentralbanken, um verschiedene Fragen von gemeinsamem Interesse zu besprechen. Die Repräsentanz war ferner Gastgeber einer Ad-hoc-Sitzung von Devisenhandelsverantwortlichen zum Thema CLS-Bank.

Die Repräsentanz arbeitet eng mit regionalen Zentralbankgruppen zusammen. Im Juli 2001 veranstaltete sie mit der Monetary Authority of Singapore eine gemeinsame Konferenz des EMEAP-Forums (Executives' Meeting of East Asia-Pacific Central Banks) und des Ausschusses der Gold- und Devisenexperten. Im März 2002 war das EMEAP-Forum erneut zu Gast in der Repräsentanz; diesmal trafen sich regionale Experten für die Umsetzung der Devisenpolitik mit ihren Kollegen von wichtigen Zentralbanken außerhalb der Region.

Die Repräsentanz trägt zu den Forschungsarbeiten und Analysen der BIZ über Finanz- und Wirtschaftsentwicklungen in der Asien-Pazifik-Region sowie zu regionalen Zentralbankpublikationen bei. Sie brachte darüber hinaus ihr Fachwissen in verschiedene Treffen ein, die von regionalen Zentralbankgruppen und einzelnen Zentralbanken organisiert wurden, insbesondere über die *Neue Eigenkapitalvereinbarung*.

Institut für Finanzstabilität

Das Institut für Finanzstabilität (Financial Stability Institute, FSI) ist bestrebt, Aufsichtsinstanzen des Finanzsektors weltweit bei der Einführung solider Aufsichtsstandards zu unterstützen, indem es ihnen die Möglichkeit bietet, sich gründliche Kenntnisse über Aufsichtsmethoden anzueignen und Informationen über die neuesten Entwicklungen im Aufsichtsbereich zu erhalten; ferner fördert es den laufenden Meinungs austausch unter Aufsichtsinstanzen weltweit. Zur Erfüllung seines Mandats bedient sich das FSI der verschiedensten Mittel, insbesondere der Gestaltung und Durchführung von Schwerpunktseminaren und regionalen Workshops für Aufsichtsinstanzen des Finanzsektors aus aller Welt. Bisher hat sich seine Arbeit auf die Bankenaufsicht konzentriert. Vor kurzem erklärte sich das FSI jedoch bereit, ab Mitte 2002 für zehn der jährlichen Schulungsangebote der IAIS verantwortlich zu zeichnen.

Im vergangenen Jahr organisierte das FSI zehn Schwerpunktseminare in Basel und 23 regionale Workshops, die gemeinsam mit regionalen Gruppen von Aufsichtsinstanzen abgehalten wurden. Diese Seminare und Workshops behandelten eine Vielzahl von Themen, die nach Absprache mit regionalen Aufsichtgruppen sowie Aufsichtsinstanzen aus zahlreichen Ländern ausgewählt wurden. Dazu gehörten Risikomanagement (Kredit-, Markt-, Liquiditätsrisiko etc.), Zulassung von Banken, risikoorientierte Aufsicht, Führungsmechanismen, konsolidierte Aufsicht, Liquidierung von Problembanken sowie Bekämpfung der Geldwäsche. Dem FSI ist nach wie vor besonders daran gelegen, Mitarbeitern von Bankenaufsichtsinstanzen aus aller Welt eine bessere Kenntnis der vorgeschlagenen Änderungen der Basler Eigenkapitalvereinbarung zu vermitteln. Diese Bemühungen werden in der Umsetzungsphase der *Neuen Eigenkapitalvereinbarung* fortgesetzt werden. Das FSI hielt

ferner neun Spezialseminare ab. Eines davon wurde gemeinsam mit dem IWF und der Weltbank organisiert und befasste sich mit den rechtlichen Aspekten der Finanzstabilität; mehrere andere Seminare waren dem Risikomanagement für Versicherungsaufsichtsinstanzen gewidmet. An den FSI-Veranstaltungen des vergangenen Jahres nahmen fast 1 400 Vertreter von Aufsichtsinstanzen aus aller Welt teil.

Mitglieder des FSI-Stabs hielten ferner Vorträge zu einem breiten Themenspektrum. Sie sprachen bei verschiedenen nicht vom FSI organisierten Konferenzen, z.B. den Konferenzen der regionalen Entwicklungsbanken, sowie bei den Jahresversammlungen regionaler Aufsichtsgruppen, um einschlägige Fragenkomplexe möglichst allgemein bekannt zu machen und in ständigem Kontakt mit Aufsichtsinstanzen und sonstigen Experten des Finanzsektors in der ganzen Welt zu bleiben. Ein weiterer wichtiger Tätigkeitsbereich des FSI ist die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, die Programme zur Unterstützung von Aufsichtsinstanzen im Finanzsektor anbieten. Das FSI arbeitet daher u.a. mit dem Toronto Centre, dem IWF-Institut, der Weltbank und regionalen Entwicklungsbanken zusammen und unterstützt auch das Engagement der BIZ im Joint Vienna Institute.

Eine wichtige Aufgabe des FSI besteht darin, hochrangigen Aufsichtsvertretern Informationen über Entwicklungen im Aufsichtsbereich und über zentrale Fragen der Bankenaufsicht zu liefern. Das Institut schuf die Veröffentlichungsreihe der *FSI Occasional Papers*, in denen führende Experten und Wissenschaftler Themen behandeln, die für Aufsichtsinstanzen des Finanzsektors von Interesse sind. Bisher sind zwei Ausgaben dieser Reihe erschienen. Ferner publiziert das Institut weiterhin sein vierteljährliches Bulletin, *FSI World*, für Leiter und hochrangige Mitarbeiter von Aufsichtsinstanzen.

2. Beiträge der BIZ zu einer umfassenderen internationalen Zusammenarbeit

Zehnergruppe

Die BIZ beteiligte sich an der Arbeit der G10-Finanzminister und -Zentralbankpräsidenten, ihrer Stellvertreter und der unter ihrer Schirmherrschaft geschaffenen Arbeitsgruppen, sowohl als Beobachter als auch durch die Bereitstellung von Sekretariatsleistungen, gemeinsam mit dem IWF und der OECD. Im vergangenen Jahr führte die G10 erneut Analysen im Zusammenhang mit der Funktionsweise des internationalen Finanzsystems durch. Sie untersuchte die Frage der Tragbarkeit der Verschuldung und initiierte eine gezielte Beschäftigung mit Mechanismen zur Lösung staatlicher Schuldenprobleme, wobei vertragliche Aspekte – insbesondere Sammelklageklauseln – im Mittelpunkt stehen. Diese Arbeit soll offen durchgeführt werden, gemeinsam mit anderen Foren, die sich mit diesen Fragen befassen. Eine Kontaktgruppe erstellte einen Berichtsentwurf über die kombinierte Wirkung struktureller Faktoren wie Steuer-, Aufsichts- und Offenlegungspraktiken auf die Preise von Vermögenswerten. Eine andere Kontaktgruppe untersuchte Insolvenzverfahren und die

Durchsetzbarkeit von Verträgen in den Rechtsordnungen der wichtigsten Finanzplätze. Sie will Grundsatzprobleme aufzeigen, die sich im Zusammenhang mit der anhaltenden Integration des internationalen Kapitalmarkts und der hinterherhinkenden Entwicklung der nationalen Insolvenzverfahren stellen.

Forum für Finanzstabilität

Das Forum für Finanzstabilität (Financial Stability Forum, FSF) wurde Anfang 1999 geschaffen, um über eine Verbesserung des Informationsaustausches und der Zusammenarbeit unter Aufsichts- und Überwachungsinstanzen im Finanzsektor die internationale Finanzstabilität zu fördern. Nur hier treffen sich regelmäßig hochrangige Vertreter von internationalen Finanzorganisationen (darunter auch der BIZ), internationalen Aufsichts- und Regulierungsgremien, Ausschüssen von Zentralbankexperten sowie nationalen Behörden, die an bedeutenden internationalen Finanzplätzen für die Stabilität des Finanzwesens verantwortlich sind. Ausführliche Informationen über das FSF, seine Mitglieder und seine Tätigkeit sind auf seiner Website (www.fsforum.org) verfügbar.

Zentraler Bestandteil der Tätigkeit des FSF sind der Gedankenaustausch und das Bündeln von Informationen über Schwachstellen im Finanzsystem anlässlich der zweimal jährlich stattfindenden Sitzungen. In der Berichtsperiode untersuchten die Mitglieder die Auswirkungen einer noch nie dagewesenen Häufung von Schocks auf die Solidität von Finanzsystemen und -instituten. Sie kamen zu dem Schluss, dass sich die meisten Finanzsysteme trotz der vielfältigen Anspannungen als recht widerstandsfähig erwiesen haben. Sie waren aber auch der Meinung, dass die Aussicht auf eine nur geringfügige Erholung der weltweiten Konjunktur einerseits vor dem Hintergrund der anhaltenden finanziellen Ungleichgewichte andererseits eine ständige Wachsamkeit und die Kooperation der Aufsichtsinstanzen erfordert.

Ferner diskutierte das FSF Fragen im Zusammenhang mit den großen Unternehmenskonkursen im Berichtszeitraum. Die unmittelbare Ursache dieser Konkurse waren zwar unternehmerische Fehlentscheidungen und möglicherweise auch betrügerische Machenschaften, sie enthüllten aber darüber hinaus Schwächen im System der internen und externen Kontrollen, auf dem das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Finanzmärkte beruht. Zu den wichtigsten Zielen, die in diesen Diskussionen hervorgehoben wurden, gehören bessere Führungs- und Überwachungsmechanismen, Reformen der Rechnungslegung und Revision, verstärkte Offenlegungs- und externe Überwachungspraktiken sowie eine genauere Beobachtung der Finanzmarktdynamik. Angesichts der erheblichen Anstrengungen, die nationale Behörden und internationale Regulierungsinstanzen bereits unternehmen, hielten es die Mitglieder für das Beste, wenn das FSF Koordinierungshilfe anbieten würde, um die Effizienz der Arbeit zu erhöhen und Doppelspurigkeiten zu vermeiden.

Das FSF verschaffte sich einen Überblick über die Fortschritte bei der Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung und würdigte den wichtigen Beitrag,

den nationale Behörden, die Financial Action Task Force, der IWF und die Weltbank sowie Normierungsgremien dazu leisten. Das FSF wird der G7 und der G20 über diese Fortschritte Bericht erstatten.

Im Rahmen seiner regelmäßigen Überwachungsverfahren erörterte das FSF operative Probleme an den Finanzmärkten nach den Ereignissen des 11. September 2001 sowie die daraus zu ziehenden Lehren für die Notfallplanung. Es begrüßte ferner die Erstellung einer Kontaktliste zur Erleichterung des Krisenmanagements (Crisis Management Contact List, CMCL). Die Liste wurde im März 2002 herausgegeben und umfasst Zentralbanken, Aufsichtsinstanzen und Finanzministerien in über 30 Ländern sowie die wichtigsten internationalen Finanzinstitute und globalen Dienstleistungsanbieter.

Hinsichtlich der Fortschritte in Bezug auf frühere Anliegen begrüßte das FSF die Anstrengungen einiger Offshore-Finanzplätze, ihre Aufsichts- und Regulierungspraxis sowie den Informationsaustausch und die Kooperation zu verbessern, stellte aber auch fest, dass andere noch im Rückstand seien. Das FSF wird die Fortschritte der Offshore-Finanzplätze regelmäßig überprüfen und die Aufmerksamkeit auf jene lenken, die Anlass zu ernstlichen Bedenken geben. Es wird auch positive Entwicklungen an Offshore-Finanzplätzen als Vorbild für die anderen hervorheben.

In seiner Sitzung vom März 2002 vertrat das FSF die Meinung, dass die Gefahr für das internationale Finanzsystem, die von Instituten mit hoher Risiko/Eigenkapital-Relation ausgeht, durch Marktentwicklungen und die Verbesserung des Risikomanagements beim Adressenausfallrisiko geringer geworden ist. Die Mitglieder warnten jedoch vor Selbstzufriedenheit und ersuchten den Basler Ausschuss und die IOSCO, zu einem späteren Zeitpunkt nochmals eine Überprüfung des Risikomanagements und der Beaufsichtigungspraxis in diesem Bereich vorzunehmen.

Auch in der Berichtsperiode veranstaltete das FSF regionale Treffen, um den Dialog zwischen FSF-Mitgliedern und Nichtmitgliedern über Schwachstellen des Finanzsystems zu fördern und es den Nichtmitgliedern zu ermöglichen, ihre Sichtweise in die Arbeit des FSF einzubringen. Seit Erscheinen des letzten Jahresberichts wurden solche Kontakttreffen in der Asien-Pazifik-Region, Mittel- und Osteuropa sowie Lateinamerika (mit Teilnahme von Spanien und Südafrika) abgehalten.

International Association of Insurance Supervisors

Das Sekretariat der internationalen Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden (IAIS) ist seit seiner Errichtung im Januar 1998 bei der BIZ angesiedelt. Vergleichbar mit dem Basler Ausschuss für Bankenaufsicht, will die IAIS durch eine Verbesserung der Aufsicht über das Versicherungswesen zur weltweiten Finanzstabilität beitragen. Das geschieht durch die Erarbeitung zweckmäßiger Standards für die Versicherungsaufsicht, durch Vorkehrungen für einen gegenseitigen Beistand und durch den Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedern.

Gemeinsam mit anderen internationalen Aufsichtsgremien (im Rahmen des Gemeinsamen Forums des BCBS, der IOSCO und der IAIS) hat die IAIS ferner an der Entwicklung von Grundsätzen für die Aufsicht über

Finanzkonglomerate mitgearbeitet. Darüber hinaus wirkt die IAIS aktiv im FSF mit.

Bisher hat die IAIS eine Reihe von Grundsätzen und Richtlinien herausgegeben, u.a. Grundsätze für eine wirksame Versicherungsaufsicht, ein „Konkordat“ für den Versicherungssektor, Richtlinien zur Versicherungsaufsicht in aufstrebenden Volkswirtschaften sowie ein breites Spektrum von Papieren über Aufsichtsstandards im Versicherungsbereich. Im vergangenen Jahr schloss die IAIS folgende Arbeiten ab: Grundsätze für eine angemessene Eigenkapitalausstattung und Solvabilität, Aufsichtsstandard für die Bewertung der Rückversicherungsdeckung von Erstversicherern und der Sicherheit ihrer Rückversicherer, Aufsichtsstandard für den Informationsaustausch, Richtlinien zur Offenlegung von Informationen durch Versicherungsgesellschaften sowie Richtlinien für Versicherungsaufsichtsgremien und Versicherungsunternehmen über die Bekämpfung der Geldwäsche. Derzeit wird u.a. an der Formulierung von Standards in den Bereichen Solvabilitätsanforderungen (angemessene Eigenkapitalausstattung), Aufsicht über Versicherungsverbindlichkeiten, Rechnungslegung im Versicherungswesen, Besicherung durch Verbriefung, Beaufsichtigung von Rückversicherern, Marktrisiko, elektronischer Handel und Offenlegungspflichten gearbeitet. Ein bedeutendes neues Projekt ist außerdem die Revision der Grundsätze für eine wirksame Versicherungsaufsicht und der dazugehörigen Methodik.

Die IAIS organisierte erneut zahlreiche Seminare und stellte Schulungsmaterial für Versicherungsaufsichtsinstanzen zur Verfügung, um ihre Mitglieder bei der Erfüllung der IAIS-Aufsichtsstandards zu unterstützen. Wie oben erwähnt, werden eine Reihe von Schulungsangeboten im Versicherungsbereich künftig vom FSI übernommen. Regionale Seminare für Mitarbeiter der Versicherungsaufsicht fanden in Afrika, Asien, Mittel- und Osteuropa, Lateinamerika sowie an Offshore-Finanzplätzen statt.

3. Weitere Bereiche der Zusammenarbeit unter Zentralbanken

Führungs- und Überwachungsmechanismen in Zentralbanken

Bei ihrer Arbeit in diesem Bereich geht es der BIZ darum, Informationen über institutionelle und organisatorische Fragen bereitzustellen, die für Zentralbanken von Interesse sind. Verantwortlich für diese Arbeit ist die Central Bank Governance Steering Group als Lenkungsgruppe; die praktische Durchführung erfolgt über das Network on Central Bank Governance. Die Lenkungsgruppe setzt sich aus acht Zentralbankpräsidenten aus einem breit abgestützten und repräsentativen Kreis von Zentralbanken zusammen. Das Netzwerk umfasst derzeit rund 40 bedeutende Zentralbanken und Währungsbehörden aus aller Welt. Gestützt auf den Rat der Lenkungsgruppe ist die Bank bestrebt, Anfragen von Zentralbanken zu beantworten, die für das effektive Arbeiten unabhängiger und rechenschaftspflichtiger Währungsbehörden von Bedeutung sind. Während des Jahres wuchs die Nachfrage nach Informationen über Führungs- und Überwachungsmechanismen. Besonderes Interesse galt dem Gebiet der rechtlichen Bestimmungen über die Unabhängigkeit und Rechenschaftspflicht

von Zentralbanken. Gefragt waren auch Informationen über die laufenden Bestrebungen zahlreicher Zentralbanken, ihre Effizienz und Leistungsfähigkeit zu verbessern.

Zusammenarbeit im Statistikbereich

Die BIZ setzte ihre aktive Zusammenarbeit mit Zentralbanken und anderen internationalen Organisationen über verschiedene Fragen im Statistikbereich fort. Derzeit erheben die Zentralbanken von über 30 Ländern umfassende Statistiken über das internationale Kreditgeschäft der Banken in ihrem Zuständigkeitsbereich und geben sie an die BIZ weiter. Aufgrund von Empfehlungen des CGFS entwickelten die BIZ und die berichtenden Zentralbanken im letzten Jahr einen Umsetzungsplan für die Verbesserung der Messung der konsolidierten Länderrisiken der Geschäftsbanken auf der Basis des so genannten letztlichen Risikos („ultimate risk“), d.h. die Risikopositionen werden dem Land zugeteilt, in dem der letzte Bürge einer finanziellen Forderung seinen Sitz hat. Damit sollen ab 2004 genauere und umfassendere Daten über die Länderrisiken bereitgestellt werden, einschließlich außerbilanzieller Positionen im Zusammenhang mit den Derivatgeschäften der Banken.

Im vergangenen Jahr koordinierte die BIZ die fünfte der alle drei Jahre durchgeführten Zentralbankerhebungen über das Geschäft an den Devisen- und Derivatmärkten, die rund 50 Finanzplätze erfasste. Für die Devisenhandels- und Derivatumsätze wurden erste Ergebnisse im Oktober 2001 veröffentlicht, für den Umlauf außerbörslicher Derivate im Dezember. Die Analyse der detaillierten endgültigen Ergebnisse erschien im März 2002.

Die BIZ wirkte erneut an der gemeinsamen BIZ-IWF-OECD-Weltbank-Statistik über die Auslandsverschuldung mit. Mit dieser Arbeit wurde im Anschluss an die Finanzkrise in Asien begonnen, um vierteljährliche Daten zu den wichtigsten Elementen der Auslandsverschuldung aufstrebender Volkswirtschaften auf der Basis der Gläubigerdaten zu erhalten, die von diesen internationalen Organisationen zusammengetragen werden. Da diese Daten von denjenigen, die die Schuldnerländer selbst erheben, abweichen können, und zwar manchmal erheblich, ermittelte die BIZ in einer Studie die wichtigsten Differenzen zwischen den Gläubiger- und den Schuldnerdaten, wobei der kurzfristigen (d.h. innerhalb eines Jahres fällig werdenden) Verschuldung besonderes Augenmerk galt. Rund 30 Zentralbanken aus aufstrebenden Volkswirtschaften lieferten hierfür Daten und Informationen. Die BIZ unterstützte ferner den IWF bei der Erarbeitung eines umfassenden Leitfadens für die Erstellung von Statistiken über die Auslandsverschuldung durch die Schuldnerländer.

Wie bisher bot die BIZ den (derzeit 23) beteiligten Zentralbanken Datenbankdienstleistungen für den elektronischen Austausch einer breiten Palette von Wirtschafts-, Währungs- und Finanzstatistiken an. Die Arbeit konzentrierte sich auf die Ausweitung des geografischen und thematischen Erfassungsbereichs der BIZ-Datenbank. Neun Zentralbanken aufstrebender Volkswirtschaften schlossen sich kürzlich ebenfalls an. Infolge mehrerer Initiativen mit dem Ziel, den thematischen Erfassungsbereich der Datenbank zu erweitern, wurden den Ökonomen und Statistikern der beteiligten Zentral-

banken umfangreiche zusätzliche statistische Daten zur Verfügung gestellt. Die detaillierten Informationen aus der internationalen Finanzmarktstatistik der BIZ werden in elektronischer Form ebenfalls über die BIZ-Datenbank verfügbar gemacht.

Auf Ersuchen der Teilnehmer an der BIZ-Datenbank, die internationale Zusammenarbeit bei den elektronischen Standards für den Austausch von statistischen Informationen zu verstärken, arbeitete die BIZ eng mit dem IWF, der OECD, der UNO, der EZB und Eurostat zusammen, um eine neue Initiative über den Austausch statistischer Daten und Metadaten (Statistical Data and Metadata Exchange, SDMX) zu lancieren. Am ersten Workshop, bei dem der IWF Gastgeber war, nahmen über 100 Experten aus Zentralbanken und nationalen Statistikinstituten aus aller Welt teil. Sie behandelten eine Reihe von Themen im Zusammenhang mit im Entstehen begriffenen webgestützten Standards für den Informationsaustausch. Einige Monate später wurde die Website www.sdmx.org eröffnet; dort werden die Erkenntnisse von Sprechern aus nationalen, regionalen und internationalen Statistikgremien, Organisationen für E-Standards sowie privaten Branchenkonsortien vorgestellt.

Zusammenarbeit mit regionalen Zentralbankgruppen

Die BIZ unterstützte erneut die Zusammenarbeit unter Zentralbanken in verschiedenen Teilen der Welt im Rahmen bestehender regionaler Zentralbankorganisationen. Eine besonders aktive Zusammenarbeit bestand mit CEMLA (Centro de Estudios Monetarios Latinoamericanos), EMEAP (Executives' Meeting of East Asia-Pacific Central Banks), GCC (Gulf Cooperation Council), MEFMI (Macroeconomic and Financial Management Institute of Eastern and Southern Africa), SADC (Southern African Development Community) und SEACEN (South-East Asian Central Banks). Die Zusammenarbeit erfolgte hauptsächlich durch Teilnahme an Treffen, die von diesen Gruppen organisiert wurden, und gelegentlich auch durch Veranstalten einer gemeinsamen Sitzung oder eines Workshops. Im vergangenen Jahr unterstützten die BIZ und andere internationale Organisationen verschiedene regionale Zentralbankgruppen bei der Organisation von Workshops über Gestaltung und Unterhalt der öffentlichen Websites der Zentralbanken im Hinblick darauf, die Tätigkeit der Zentralbanken transparenter zu machen.

Wie bisher unterstützte die BIZ die Zentralbanken der wichtigsten Industrieländer bei der Koordinierung der technischen Hilfe und Schulung für Zentralbanken Mittel- und Osteuropas, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und einiger asiatischer Volkswirtschaften im Übergang. Um die Koordinierung zu erleichtern, führt die BIZ eine Datenbank über die technische Hilfe und Schulung, die den erwähnten im Übergang befindlichen Ländern angeboten wird. Ferner werden regelmäßige Sitzungen von Vertretern der betreffenden Geber- und Empfängerzentralbanken sowie des IWF und der EZB organisiert. Im letzten Jahr war die russische Zentralbank Gastgeber der Sitzung mit den GUS-Ländern.

In enger Zusammenarbeit mit dem FSI und den in Basel ansässigen Gruppen unterstützte die BIZ erneut das Joint Vienna Institute (JVI), indem

sie mehrere Seminare für Zentralbanken von Volkswirtschaften im Übergang zu Themen im Zusammenhang mit der Stabilität der Währung und des Finanzwesens veranstaltete. Die österreichischen Behörden und der IWF vereinbarten vor kurzem, den Betrieb des Instituts auch nach Ablauf des derzeitigen JVI-Abkommens im Jahr 2004 fortzuführen. Bis dahin bleibt die BIZ engagiert; danach aber wird sie formell nicht mehr am JVI beteiligt sein.

Internet-Kommunikation

Im März 2001 wurde die BIZ-Website erneuert. Dank besserer Gestaltung und Struktur können die Benutzer jetzt effizient navigieren, suchen und Informationen abrufen. Alle in Basel ansässigen Gruppierungen nutzen die Website aktiv. Insbesondere der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht brachte im letzten Jahr rund 200 Stellungnahmen, die er zu seinem zweiten Konsultationspapier für eine neue Eigenkapitalregelung erhalten hatte, auf die Website. Über die Workshops, die von regionalen Zentralbankgruppen organisiert wurden, hat die BIZ ein umfassendes Netzwerk der Website-Experten von Zentralbanken aufgebaut; diese sind an der Entwicklung und dem Unterhalt der Links zu fast allen Zentralbanken der Welt, die auf der BIZ-Website angeboten werden, beteiligt. Sie tauschen außerdem Informationen aus und diskutieren wichtige neue Entwicklungen, z.B. hinsichtlich der Verbreitung von Zentralbankstatistiken über das Internet. Die BIZ baute im vergangenen Jahr überdies eine webgestützte Infrastruktur auf, mit deren Hilfe die Teilnehmer an den Aktivitäten und Veranstaltungen der BIZ auf sichere und bequeme Weise Informationen via Internet abrufen und austauschen können.

Ausschuss der EDV-Fachleute

Die 10. Automatisierungskonferenz und Frühjahrssitzung des Ausschusses der EDV-Fachleute fand im Juni 2001 bei der De Nederlandsche Bank statt. Die Automatisierungskonferenz, die alle drei Jahre abgehalten wird, gibt den EDV-Fachleuten die Möglichkeit, wichtige IT-Fragen in Bezug auf Zentralbanken eingehend zu erörtern. Die Präsentationen und Diskussionen bei dieser Konferenz hatten vier Schwerpunkte: IT-Strategie und der Prozess ihrer Formulierung, technische und kulturelle Herausforderungen des Informationsmanagements, Bereitstellung von Infrastruktur und Anwendungen, die Internet-Technologie einsetzen, sowie das Problem der wachsenden Komplexität der IT-Umgebungen in Zentralbanken.

Ganz wichtig war für den Ausschuss und seine Arbeitsgruppe für Sicherheitsfragen (Working Party on Security Issues, WPSI) im vergangenen Jahr die Untersuchung der Konsequenzen, die die Ereignisse des 11. September 2001 für die Notfallplanung der Zentralbanken hatten. In der November-Sitzung des Ausschusses berichteten die einzelnen Teilnehmer über die Folgen für ihre jeweilige Organisation.

Für die Kommunikation mit der Außenwelt verwenden Zentralbanken immer häufiger das Internet und die Internet-Technologie. Dies ist jedoch unbestreitbar mit Informationssicherheitsrisiken verbunden. Im vergangenen

Jahr widmeten sich die EDV-Fachleute und die WPSI in erheblichem Maße dem Austausch von Informationen sowohl über strukturelle als auch über strategische Aspekte der IT-Sicherheit sowie über die zahlreichen möglichen technischen Sicherheitsvorkehrungen. Ein Beispiel dafür war die Untersuchung einer Task Force der WPSI über das Problem der Komplexität der Public-Key-Infrastruktur.

Zentralbankarbeitsgruppe für die Fälschungsbekämpfung

Die Zentralbankarbeitsgruppe für die Fälschungsbekämpfung (Central Bank Counterfeit Deterrence Group, CBCDG) untersucht im Auftrag der G10-Zentralbankpräsidenten die Bedrohungen für das Papiergeld, die sich daraus ergeben, dass immer häufiger PCs für die Banknotenfälschung eingesetzt werden. In den letzten drei Jahren sind die Grundelemente einer Technologie für die Bekämpfung der PC-gestützten Geldfälscherei entwickelt worden, und die Arbeitsgruppe hat begonnen, Hardware-Hersteller und Software-Entwickler um Unterstützung zu ersuchen und mit ihnen zusammenzuarbeiten, um die Einführung dieser Technologie zu erleichtern. Die BIZ unterstützt die Arbeit der CBCDG, indem sie ihr Sekretariat beherbergt und in vertraglichen Vereinbarungen als ihr Agent auftritt.

4. Die Bank als Agent und Treuhänder

Treuhänder für internationale Staatsanleihen

Die Bank nahm im Berichtszeitraum weiterhin ihre Funktion als Treuhänder im Zusammenhang mit den Fundierungsschuldverschreibungen 1990–2010 aus der Dawes- und der Young-Anleihe wahr (Einzelheiten zu den diesbezüglichen Aufgaben der Bank finden sich im 63. Jahresbericht vom Juni 1993). Im Zusammenhang mit diesen Fundierungsschuldverschreibungen teilte die Deutsche Bundesbank als Zahlungsagent der Bank mit, dass die Bundes-schuldenverwaltung (BSV) im Jahr 2001 Tilgungs- und Zinszahlungen von insgesamt rund DM 7,9 Mio. und € 1,12 Mio. veranlasst hat. Die Einlösungswerte und sonstigen Einzelheiten wurden von der BSV im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die Bank blieb bei ihren früheren Vorbehalten hinsichtlich der Anwendung der Währungssicherungsklausel der Young-Anleihe durch die BSV (dargelegt im 50. Jahresbericht vom Juni 1980), die sich auch auf die Fundierungsschuldverschreibungen 1990–2010 erstrecken.

Pfandhalter

Gemäß mehreren Vereinbarungen ist die BIZ als Pfandhalter mit dem Halten und der Anlage von Sicherheiten zugunsten der Inhaber bestimmter Fremdwährungsanleihen betraut, die Länder im Rahmen von Umschuldungsvereinbarungen über ihre Auslandsverschuldung begeben haben. Derzeit laufen solche Pfandbestellungsvereinbarungen für Anleihen von Brasilien (Einzelheiten dazu finden sich im 64. Jahresbericht vom Juni 1994), Peru (67. Jahresbericht vom Juni 1997) und Côte d'Ivoire (68. Jahresbericht vom Juni 1998).

5. Tätigkeit der Bankabteilung

Am 31. März 2002 betrug die Bilanzsumme GFr. 87 714 Mio.,¹ was einen neuen Höchstwert für das Ende eines Geschäftsjahres darstellt. Gegenüber dem Vorjahresbetrag von GFr. 76 054 Mio. (der ebenfalls ein Höchstwert gewesen war) entspricht dies einem Anstieg um 15,3%.

Schon im vergangenen Sommer lag die Bilanzsumme deutlich über dem Stand des Vorjahres, aber ein großer Mittelzufluss nach den Ereignissen des 11. September 2001 ließ sie am 25. September auf den neuen Rekordbetrag von GFr. 89 894 Mio. steigen. In den folgenden Wochen sank sie zwar wieder, aber dieser Rückgang wurde vor dem Jahresende durch neue Zuflüsse weitgehend wettgemacht, sodass die Bilanzsumme beinahe wieder den Höchststand vom September erreichte. Im ersten Quartal 2002 trat ein leichter Rückgang ein, der aber viel weniger ausgeprägt war als in den Vorjahren.

Passiva

Am 31. März 2002 betrugen die Gold- und Währungseinlagen (ohne Repo-Geschäfte) insgesamt GFr. 82 018 Mio. (Vorjahr: GFr. 70 117 Mio.). Die Gold-einlagen sanken um GFr. 311 Mio. auf GFr. 2 531 Mio. und machten damit 3,1% der gesamten Fremdmittel aus (Vorjahr: 4,1%). Die Währungseinlagen erhöhten sich dagegen während des Geschäftsjahres um GFr. 12 212 Mio. (ohne Repo-Geschäfte). Für das ganze Jahr war der Tagesdurchschnitt der Währungseinlagen um 16% höher als im Vorjahr. Zum Teil ist diese Entwicklung auf ein höheres Geschäftsvolumen von asiatischen Kunden zurückzuführen, die nun vermehrt den Dealing Room nutzen, der im Oktober 2000 in der BIZ-Repräsentanz in der Sonderverwaltungsregion Hongkong eröffnet wurde.

Die Zunahme der Währungseinlagen im vergangenen Geschäftsjahr entfiel weitgehend auf US-Dollar-Anlagen, hauptsächlich handelsfähige BIZ-Instrumente, aber auch Termineinlagen. Am 31. März 2002 betrug der Anteil des US-Dollars an den Fremdmitteln in Währungen (einschl. Repo-Geschäfte) 69,2%, verglichen mit 66,9% im Vorjahr. Trotz eines kleinen Zuwachses bei den Euro-Anlagen fiel der Anteil des Euro an den Fremdmitteln auf der gleichen Basis im Jahresverlauf von 20,7% auf 18,6%.

Die Währungseinlagen von Zentralbanken und anderen Währungsbehörden stiegen von GFr. 64 687 Mio. auf GFr. 76 228 Mio. am 31. März 2002, was einem gegenüber dem Vorjahr (96,2%) kaum veränderten Anteil von 95,9% der gesamten Fremdmittel in Währungen (ohne Repo-Geschäfte) entspricht. Die Mittel anderer Einleger (vorwiegend internationaler Organisationen) betrugen GFr. 3 258 Mio. Zwar setzte sich bei den BIZ-Kunden der Trend fort, die durchschnittliche Laufzeit ihrer Anlagen zu verlängern und vermehrt Marktrisiken einzugehen, um ihre Rendite zu steigern, doch tendierten einige Kunden in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres dazu, in Erwartung eines Anstiegs der weltweiten Zinssätze die Duration ihrer BIZ-Anlagen zu verkürzen.

¹ Der in diesem Kapitel erwähnte Goldfranken (abgekürzt GFr.) entspricht 0,29032258... Gramm Feingold (Art. 4 der Statuten). Aktiva und Passiva werden zu einem Goldpreis von US-\$ 208 je Unze Feingold (also 1 Goldfranken = US-\$ 1,94149...) in Goldfranken umgerechnet.

Aktiva

Die bei der BIZ angelegten Mittel werden am Markt platziert, hauptsächlich in Form von Anlagen bei erstklassigen Geschäftsbanken von internationalem Ruf sowie Käufen von kurzfristigen Staatspapieren. Außerdem gewährt die BIZ Zentralbanken kurzfristigen Kredit, der in der Regel besichert ist. Kreditrisiko, Fristentransformation und Marktrisiko im Zusammenhang mit den Finanzgeschäften der Bank in Basel und Hongkong werden durch eine eigenständige Risikokontrolle, die direkt dem Stellvertretenden Generaldirektor untersteht, streng überwacht. Besonders sorgfältig wird darauf geachtet, dass jederzeit ausreichend Liquidität vorhanden ist, um auch einen unvorhergesehenen Barmittelbedarf von Kunden befriedigen zu können.

Die Anlagen in Währungen betragen am 31. März 2002 GFr. 83 690 Mio., verglichen mit GFr. 71 636 Mio. ein Jahr zuvor. Darin enthalten sind GFr. 124 Mio. an Krediten für Zentralbanken (Vorjahr: GFr. 210 Mio.). Die Goldaktiva der Bank gingen im gleichen Zeitraum von GFr. 3 521 Mio. auf GFr. 3 210 Mio. zurück, da die Goldeinlagen abnahmen.

Abgesehen von einem Bestand von 192 Tonnen Gold werden die eigenen Mittel der Bank hauptsächlich in liquiden Staatspapieren der wichtigsten Industrieländer angelegt, es hat jedoch auch eine gewisse Diversifizierung in erstklassige Kreditprodukte und Wertpapiere internationaler Organisationen stattgefunden.

Die Bank verwendet ferner verschiedene Derivate, um ihre eigenen Mittel effizienter zu verwalten und Risiken bei den Fremdmitteln abzusichern (s. Anmerkung 10a zum Jahresabschluss). Bei diesen Derivaten handelt es sich vorwiegend um einfache klassische Instrumente, insbesondere Futures und Zinsswaps.

6. Der Reingewinn und seine Verwendung

Das am 31. März 2002 abgelaufene 72. Geschäftsjahr schloss mit einem Reingewinn von GFr. 225,7 Mio. (Vorjahr: GFr. 271,7 Mio.). In den Geschäften der Bank mit Fremdmitteln wurden beträchtliche Buchverluste verzeichnet, denn angesichts sinkender Zinssätze und infolgedessen steigender Marktwerte ihrer Forderungen gegenüber der BIZ handelten die Zentralbankkunden erneut aktiv mit ihrem Portfolio an BIZ-Instrumenten. Ökonomisch gesehen wurden diese Verluste durch nicht realisierte Gewinne bei den Aktiva und außerbilanziellen Transaktionen ausgeglichen, die den Fremdmitteln gegenüberstehen. Gemäß den derzeitigen Rechnungslegungsgrundsätzen der Bank werden diese nicht realisierten Gewinne jedoch erst nach und nach, entsprechend der Laufzeit der betreffenden Forderungen, in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Ohne diese Faktoren waren die Gewinne aus den Geschäften mit Fremdmitteln etwas geringer als im Vorjahr, da den zusätzlichen Erträgen aus dem beträchtlichen Wachstum der Kundeneinlagen ein betragsmäßig leicht größerer Effekt engerer Geschäftsmargen gegenüberstand. Die Zinserträge aus der Anlage der eigenen Mittel sanken geringfügig, da sich die Eigenmittel der Bank mit der Aktienrücknahme im Januar 2001 verringert hatten. Die generell niedrigeren Zinssätze führten jedoch auch zu realisierten Kapitalgewinnen

beim Anlagebestand der Bank und einem erhöhten Ertrag aus dem Wertpapierausgleichskonto. Der Verwaltungsrat beschloss im Übrigen, keine Zuweisung an die Rückstellung für Risiken im Bankgeschäft und andere Eventualfälle vorzunehmen, da diese Rückstellung derzeit ausreichend hoch sei.

Der Jahresgewinn ergibt sich nach Abzug von GFr. 67,4 Mio. für Verwaltungskosten einschließlich Abschreibungen, was gegenüber dem Vorjahresbetrag von GFr. 67,0 Mio. einem Anstieg von weniger als 1% entspricht. In Schweizer Franken – der Währung, in der die meisten Ausgaben der Bank anfallen – lag der Anstieg der Verwaltungskosten ebenfalls unter 1%. Innerhalb dieses Postens stiegen die Abschreibungen in Schweizer Franken um 8% (in Goldfranken ebenfalls um 8%); die Ursache dafür waren die erneuten Investitionen der Bank in IT- und sonstige Ausstattung.

Gestützt auf Artikel 51 der Statuten wird der Generalversammlung vorgeschlagen, den Reingewinn von GFr. 225,7 Mio. wie folgt zu verwenden:

- i) GFr. 52,6 Mio. zur Zahlung einer Dividende von CHF 380 je Aktie. Diese Dividende ist für 452 073 Aktien zahlbar. Vor der Aktienrücknahme waren 529 125 Aktien ausgegeben und eingezahlt. Davon hält die Bank 77 052 als eigene Aktien, nämlich 74 952 Aktien, die sie von ehemaligen Privataktionären und Zentralbanken zurückgenommen hat, sowie 2 100 sonstige. Auf die eigenen Aktien wird keine Dividende gezahlt;
- ii) GFr. 26,9 Mio. zur Erhöhung des Allgemeinen Reservefonds;
- iii) GFr. 3,0 Mio. zur Erhöhung des Besonderen Dividenden-Reservefonds;
- iv) GFr. 143,2 Mio., den verbleibenden Betrag des verfügbaren Reingewinns, zur Erhöhung des Freien Reservefonds. Dieser Fonds kann vom Verwaltungsrat für jeden statutengemäßen Zweck herangezogen werden.

Der Verwaltungsrat schlägt vor, die oben genannte Dividende am 15. Juli 2002 an die Aktionäre zu zahlen, die am 31. März 2002 im Aktienregister der Bank eingetragen waren.

Der Rechnungsabschluss wurde von der PricewaterhouseCoopers AG ordnungsgemäß geprüft; diese hat bestätigt, dass die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sowie die dazugehörigen Anmerkungen für das am 31. März 2002 abgeschlossene Geschäftsjahr eine angemessene und getreue Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank vermitteln. Der Bericht der Buchprüfer folgt unmittelbar auf den Rechnungsabschluss.

7. Aktienkapital der BIZ

Rücknahme der von Privataktionären gehaltenen Aktien

Nach dem Beschluss der außerordentlichen Generalversammlung der Bank vom 8. Januar 2001, sämtliche von Privataktionären gehaltenen Aktien zurückzunehmen (Einzelheiten s. 71. Jahresbericht vom Juni 2001, S. 196–97), war bis Ende April 2002 für über 99% der betroffenen Aktien die Entschädigung von CHF 16 000 je Aktie ausgezahlt worden. Die Bank bemüht sich weiter, mit den verbliebenen ehemaligen Privataktionären, die die Entschädigung noch nicht beansprucht haben, in Kontakt zu treten.

Einige ehemalige Privataktionäre fechten die Bedingungen der Rücknahme, insbesondere den Betrag der für ihre Aktien gezahlten Entschädigung, an. Die Bank hat beantragt, dass alle derartigen Forderungen an das durch die Haager Vereinbarungen eingesetzte Schiedsgericht verwiesen werden; derzeit sind dort Schiedsverfahren anhängig. Gemäß Artikel 54 der Statuten der Bank ist bei Streitigkeiten zwischen der Bank und ihren ehemaligen Privataktionären im Zusammenhang mit der Rücknahme ausschließlich dieses Schiedsgericht zuständig. Verfahren, die von ehemaligen Privataktionären bei nationalen Gerichten in den USA eingeleitet wurden, sind entweder abgewiesen worden oder sind während des Verfahrens beim Schiedsgericht ausgesetzt; das Gleiche strebt die Bank bei einer Klage von ehemaligen Privataktionären vor einem französischen Gericht an.

Aufteilung der jugoslawischen Ausgabe des Aktienkapitals der Bank

Nach einer Einigung der fünf Nachfolgestaaten der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und ihrer Zentralbanken wurde bei der außerordentlichen Generalversammlung der Bank vom 11. Juni 2001 beschlossen, die Aktien der ursprünglichen jugoslawischen Ausgabe des Kapitals der Bank zu vernichten und eine gleiche Anzahl neuer Aktien zu begeben, die unter den Zentralbanken von Bosnien und Herzegowina, Jugoslawien, Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und Slowenien aufgeteilt werden. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Aktien, die 1997 provisorisch an vier dieser Zentralbanken ausgegeben worden waren (68. Jahresbericht vom Juni 1998, S. 207), zu vernichten. Infolgedessen verringerte sich das begebene Kapital der Bank von 529 165 auf 529 125 Aktien.

8. Veränderungen im Verwaltungsrat

Am 28. Februar 2002 endete die Amtszeit von Urban Bäckström, Gouverneur der Sveriges Riksbank, als Vorsitzender des Verwaltungsrats und Präsident der Bank. In der Sitzung des Verwaltungsrats vom Januar 2002 wurde Nout H.E.M. Wellink, Präsident der De Nederlandsche Bank, mit Wirkung vom 1. März 2002 für die Dauer von drei Jahren zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats und Präsidenten der Bank gewählt.

Im März 2002 bestätigte Sir Edward George, Gouverneur der Bank of England, Lord Kingsdown als Verwaltungsratsmitglied für eine weitere Amtszeit von drei Jahren bis zum 6. Mai 2005. In derselben Sitzung des Verwaltungsrats wurde Lord Kingsdown für eine weitere Amtszeit bis zum 6. Mai 2005 als Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats wiedergewählt, und Urban Bäckström wurde als Mitglied des Verwaltungsrats für eine weitere Amtsdauer von drei Jahren bis zum 31. März 2005 bestätigt.

Unter den ersten Stellvertretern der Ex-officio-Mitglieder gab es zwei Änderungen. Jean-Claude Trichet, Gouverneur der Banque de France, berief mit Wirkung vom Dezember 2001 Marc-Olivier Strauss-Kahn zum Nachfolger von Jean-Pierre Patat, und Sir Edward George ernannte mit Wirkung vom Juni 2002 Paul Tucker anstelle von Ian Plenderleith.

In der Direktion der Bank gab es im Geschäftsjahr 2001/02 keine Änderungen.

Der Verwaltungsrat gedachte in seiner Sitzung vom Januar 2002 in tiefer Trauer seines ehemaligen Mitglieds Jelle Zijlstra, der am 23. Dezember 2001 im Alter von 83 Jahren verstorben war. Jelle Zijlstra hatte von Juli 1967 bis Dezember 1981 dem Verwaltungsrat angehört und in dieser Zeit auch das Amt des Präsidenten der BIZ und des Vorsitzenden des Verwaltungsrats bekleidet.

Die Bank nahm ferner mit großem Bedauern den Tod zweier ehemaliger Mitglieder ihrer Geschäftsleitung zur Kenntnis. Am 5. Juni 2001 verstarb im Alter von 80 Jahren Maurice Toussaint, der 1971 zur Bank gekommen und bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1986 Direktor in der Bankabteilung gewesen war. Am 5. Juni 2002 verstarb im Alter von 90 Jahren Antonio d'Aroma. Er war 1962 als Generalsekretär zur Bank gekommen und am 1. Januar 1975 zum Beigeordneten Generaldirektor ernannt worden. Im September 1978 war er in den Ruhestand getreten.

Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

vom 31. März 2002

Bilanz vom 31. März 2002

(in Mio. Goldfranken, s. Anmerkung 2a zum Jahresabschluss)

2001	Aktiva	2002
	Gold	
2 195,3	Barren	1 910,3
<u>1 325,8</u>	Terminguthaben und Kredite	<u>1 299,6</u>
3 521,1		3 209,9
20,3	Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	3 292,3
4 597,8	Schatzwechsel	9 588,1
	Terminguthaben und Kredite in Währungen	
27 894,8	bis zu 3 Monaten	28 435,1
<u>16 901,6</u>	von mehr als 3 Monaten	<u>17 102,9</u>
44 796,4		45 538,0
3 882,0	Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere bis zu 3 Monaten	1 660,7
	Staats- und andere Wertpapiere	
4 490,3	bis zu 3 Monaten	3 753,3
<u>13 849,2</u>	von mehr als 3 Monaten	<u>19 857,6</u>
18 339,5		23 610,9
113,2	Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	115,4
783,7	Verschiedenes	699,1
<u>76 054,0</u>		<u>87 714,4</u>

Nach Verwendung des Reingewinns		Vor Verwendung des Reingewinns	Nach Verwendung des Reingewinns
2001	Passiva	2002	
330,7	Kapital	330,7	330,7
3 134,7	Reserven	3 134,7	3 307,8
(384,0)	Eigene Aktien	(384,0)	(384,0)
56,0	Währungsumrechnungskonto	25,5	25,5
	Einlagen (Gold)		
2 178,1	Sicht	1 909,8	1 909,8
282,5	bis zu 3 Monaten	266,4	266,4
381,7	von mehr als 3 Monaten	355,2	355,2
2 842,3		2 531,4	2 531,4
	Einlagen (Währungen)		
2 690,5	Sicht	2 510,3	2 510,3
28 204,1	bis zu 3 Monaten	36 369,5	36 369,5
36 380,2	von mehr als 3 Monaten	40 606,6	40 606,6
67 274,8		79 486,4	79 486,4
	Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere		
990,6	bis zu 3 Monaten	660,0	660,0
1 760,3	Verschiedenes	1 704,0	1 704,0
	Gewinn- und Verlustrechnung	225,7	
48,6	Dividende		52,6
76 054,0		87 714,4	87 714,4

Gewinn- und Verlustrechnung

für das am 31. März 2002 abgeschlossene Geschäftsjahr
(in Mio. Goldfranken)

	2001	2002
Zins- und Diskontertrag, sonstige Geschäftseinnahmen	5 532,0	6 049,2
Abzüglich: Zins- und Diskontaufwand	5 193,3	5 756,1
Nettozinsen und sonstige Geschäftseinnahmen	338,7	293,1
Abzüglich: Verwaltungskosten		
Verwaltungsrat	1,1	0,9
Direktion und Personal	39,3	39,0
Geschäfts- und Bürokosten	18,5	18,7
Verwaltungskosten vor Abschreibungen	58,9	58,6
Abschreibungen	8,1	8,8
	67,0	67,4
Reingewinn für das Geschäftsjahr	271,7	225,7
<p>Der Verwaltungsrat empfiehlt der ordentlichen Generalversammlung, den Reingewinn für das am 31. März 2002 abgeschlossene Geschäfts- jahr in Übereinstimmung mit Artikel 51 der Statuten wie folgt zu verwenden:</p>		
Dividende: 380 Schweizer Franken auf 452 073 Aktien		52,6
360 Schweizer Franken auf 452 113 Aktien	48,6	
	48,6	52,6
	223,1	173,1
Zuweisung an den Allgemeinen Reservefonds	44,6	26,9
	178,5	146,2
Zuweisung an den Besonderen Dividenden-Reservefonds	3,0	3,0
	175,5	143,2
Zuweisung an den Freien Reservefonds	175,5	143,2
	-	-

Veränderung des Kapitals und der Reserven der Bank

während des am 31. März 2002 abgeschlossenen Geschäftsjahres
(in Mio. Goldfranken)

I. Kapital

	Anzahl Aktien	Goldfranken (Mio.)
Aktien zu je 2 500 Goldfranken, eingezahlt zu 25%:		
Stand am 31. März 2001 laut Bilanz	529 165	330,7
Stand am 31. März 2002 laut Bilanz	529 125	330,7

Weitere Angaben s. Anmerkung 7 zum Jahresabschluss.

II. Entwicklung der Reservefonds

	Gesetzlicher Reservefonds	Allgemeiner Reservefonds	Besonderer Dividenden- Reservefonds	Freier Reservefonds	Reservefonds insgesamt
Stand am 31. März 2001 nach Verwendung des Reingewinns für das Geschäftsjahr 2000/01	33,1	1 303,7	71,5	1 726,4	3 134,7
Zuzüglich: Verwendung des Reingewinns für das Geschäftsjahr 2001/02	–	26,9	3,0	143,2	173,1
Stand am 31. März 2002 laut Bilanz	33,1	1 330,6	74,5	1 869,6	3 307,8

III. Dem Kapital und den Reservefonds per 31. März 2002 (nach Gewinnverwendung) standen gegenüber:

	Kapital	Reservefonds	Kapital und Reserven zusammen
Nettoaktiva			
Gold	330,7	330,7	661,4
Währungen	–	2 977,1	2 977,1
Stand am 31. März 2002 laut Bilanz	330,7	3 307,8	3 638,5

Anmerkungen zum Jahresabschluss

für das am 31. März 2002 abgeschlossene Geschäftsjahr
(in Mio. Goldfranken)

1. Einleitung

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) ist eine internationale Finanzorganisation, die im Rahmen der Haager Abkommen vom 20. Januar 1930 gegründet wurde. Sie hat ihren Sitz in Basel, Schweiz. Gemäß Artikel 3 der Statuten sind die Aufgaben der BIZ, die Zusammenarbeit der Zentralbanken zu fördern, neue Möglichkeiten für internationale Finanzgeschäfte zu schaffen und als Treuhänder (Trustee) oder Agent bei internationalen Zahlungsgeschäften zu wirken. Derzeit sind 50 Zentralbanken Mitglieder der Bank; sie üben die Vertretungs- und Stimmrechte bei der Generalversammlung im Verhältnis zu der Anzahl der in ihrem Land begebenen BIZ-Aktien aus. Der Verwaltungsrat der Bank setzt sich aus den Präsidenten der Zentralbanken von Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, den Niederlanden, Schweden, der Schweiz, den USA und dem Vereinigten Königreich zusammen; dazu werden weitere Mitglieder aus sechs dieser Länder ernannt.

Der Abschluss für das Geschäftsjahr 2001/02 wird in einer Form vorgelegt, die vom Verwaltungsrat gemäß Artikel 49 der Statuten der Bank genehmigt wurde.

2. Wesentliche Rechnungslegungsverfahren

a) *Recheneinheit und Währungsumrechnung*

Die Recheneinheit der Bank ist der Goldfranken, der US-\$ 1,94149... entspricht. Nach Artikel 4 der Statuten der Bank entspricht der Goldfranken (abgekürzt GFr.) 0,29032258... Gramm Feingold. Bilanzposten, die Goldforderungen entsprechen, werden auf der Grundlage des Feingewichts in Goldfranken umgerechnet. Bilanzposten in US-Dollar werden auf der Grundlage eines Goldpreises von US-\$ 208 je Unze Feingold in Goldfranken umgerechnet (dieser Preis wurde vom Verwaltungsrat der Bank 1979 festgelegt und ergibt den Umrechnungsfaktor von GFr. 1 = US-\$ 1,94149...). Auf andere Währungen lautende Bilanzposten werden zu den am Bilanzstichtag geltenden Kassamarktkursen in US-Dollar umgerechnet und die entsprechenden US-Dollar-Beträge in Goldfranken.

Wechselkursdifferenzen, die sich aus der Umrechnung von auf andere Währungen als den US-Dollar lautenden Aktiva und Passiva ergeben, werden über das Währungsumrechnungskonto verbucht.

Der Nettobetrag, der sich aus Wechselkursdifferenzen bei der Umrech-

nung von Devisentermingeschäften und -swaps ergibt, ist im Aktiv- oder Passivposten „Verschiedenes“ enthalten.

b) Bewertungsgrundlage und Ermittlung des Ergebnisses

Wenn nicht anders angegeben, wird die Bilanz der Bank auf der Basis der Einstandswerte erstellt; Ertrags- und Aufwandsposten werden nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung verbucht. Gewinne und Verluste werden monatlich ermittelt und zu den jeweils am Monatsende geltenden Kassamarktkursen in US-Dollar und dann wie oben beschrieben in Goldfranken umgerechnet; die so ermittelten Monatsergebnisse werden für das Jahr vorgetragen.

Gewinne und Verluste aus Verkäufen von Wertpapieren des Anlagebestands werden über das Wertpapierausgleichskonto verbucht, das im Passivposten „Verschiedenes“ enthalten ist. Gewinne auf diesem Konto werden über die Gewinn- und Verlustrechnung amortisiert, und zwar über einen Zeitraum, der der durchschnittlichen Restlaufzeit des Wertpapieranlageportfolios der Bank entspricht; ein Nettoverlust am Jahresende würde unverzüglich der Gewinn- und Verlustrechnung belastet.

c) Gold

Aktiva und Passiva in Gold werden auf der Grundlage ihres Feingewichts ausgewiesen.

d) Schatzwechsel; Staats- und andere Wertpapiere

Schatzwechsel sowie Staats- und andere Wertpapiere werden zum Einstandswert – gegebenenfalls zuzüglich aufgelaufener Zinsen – angegeben, berichtigt um die Amortisierung von Agios oder Disagios bis zur Fälligkeit. Diese Amortisierung ist in den Zins- und Diskonterträgen enthalten.

e) Terminguthaben und Kredite in Währungen

Terminguthaben und Kredite werden zu ihrem Nominalwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen.

f) Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere

Wertpapiere, die mit Rückgabvereinbarung angekauft werden, werden zu dem Betrag ausgewiesen, der der Gegenpartei ausgezahlt wurde, zuzüglich aufgelaufener Zinsen.

g) Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung

Der Einstandswert der Grundstücke, der Gebäude und der Geschäftsausstattung der Bank wird kapitalisiert. Er wird linear über die geschätzte Nutzungsdauer dieser Aktiva wie folgt abgeschrieben:

Grundstücke: keine Abschreibung

Gebäude: 50 Jahre

Gebäudeeinrichtungen und -technik: 15 Jahre

Informationstechnologieausstattung: 4 Jahre

Sonstige Ausstattung: 4–10 Jahre

h) Währungsumrechnungskonto

Auf dem Währungsumrechnungskonto werden Wechselkursdifferenzen verbucht (s. oben, Abschnitt a); sie betreffen im Wesentlichen jenen Teil der Eigenmittel der Bank, der in anderen Währungen als US-Dollar gehalten wird.

i) Einlagen

Einlagen sind Buchforderungen gegen die Bank und werden zu ihrem Nominalwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Bestimmte Forderungen werden mit einem Disagio auf den bei Fälligkeit der Einlage zahlbaren Betrag ausgegeben; in diesen Fällen erfolgt die Verbuchung wie bei den von der Bank gehaltenen Wertpapieren mit festem Rückzahlungstermin (s. oben, Abschnitt d).

j) Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere

Wertpapiere, die mit Rücknahmevereinbarung veräußert werden, werden zu dem von der Gegenpartei gezahlten Betrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen.

k) Rückstellung für Risiken im Bankgeschäft und andere Eventualfälle

Jedes Jahr überprüft der Verwaltungsrat die Höhe dieser Rückstellung, weist ihr wenn nötig einen Betrag zu und bestimmt ihre Verwendung. Die Rückstellung ist im Passivposten „Verschiedenes“ enthalten.

3. Goldbestände

Die Goldbestände der Bank setzen sich wie folgt zusammen:

Aktiva	2001	2002
Bei Zentralbanken gehaltene Goldbarren	2 195,3	1 910,3
Termineinlagen in Gold:		
bis zu 3 Monaten	372,0	328,4
von mehr als 3 Monaten	953,8	971,2
	<u>3 521,1</u>	<u>3 209,9</u>

Die eigenen Goldbestände der Bank betragen GFr. 661,4 Mio. am 31. März 2002, was 192 Tonnen Feingold entsprach (2001: GFr. 661,7 Mio.; 192 Tonnen).

4. Schatzwechsel

Die Bank verfügte über folgende Bestände:

	2001	2002
Buchwert	<u>4 597,8</u>	<u>9 588,1</u>

Der Marktwert der Schatzwechsel betrug am 31. März 2002 GFr. 9 587,0 Mio. (2001: GFr. 4 601,1 Mio.).

5. Staats- und andere Wertpapiere

Die Bank verfügte über folgende Bestände:

	2001	2002
Buchwert	18 339,5	23 610,9

Der Marktwert der Staats- und anderen Wertpapiere betrug am 31. März 2002 GFr. 23 649,6 Mio. (2001: GFr. 18 558,4 Mio.).

6. Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung

	Grundstücke + Gebäude	IT + sonstige Ausstattung	Insgesamt
Einstandswert:			
Anfangsstand am 1. April 2001	125,8	31,9	157,7
Investitionen		8,0	8,0
Wechselkursberichtigungen	3,3	0,9	4,2
Einstandswert am 31. März 2002	129,1	40,8	169,9
Abschreibungen:			
Kumulierte Abschreibungen am 1. April 2001	29,5	15,0	44,5
Abschreibungen für das laufende Jahr	2,3	6,5	8,8
Wechselkursberichtigungen	0,8	0,4	1,2
Kumulierte Abschreibungen am 31. März 2002	32,6	21,9	54,5
Nettobuchwert am 31. März 2002	96,5	18,9	115,4

Der Einstandswert der Grundstücke der Bank betrug am 31. März 2002 GFr. 23,5 Mio. (2001: GFr. 22,9 Mio.).

7. Kapital

Das Aktienkapital der Bank setzt sich wie folgt zusammen:

	2001	2002
Genehmigtes Kapital:		
600 000 Aktien zu je 2 500 GFr.	1 500,0	1 500,0
Begebenes Kapital: 529 125 Aktien		
(2001: 529 165)	1 322,9	1 322,8
eingezahlt zu 25%	330,7	330,7

- a) Die außerordentliche Generalversammlung vom 8. Januar 2001 änderte die Statuten der Bank dahingehend, dass die Möglichkeit, BIZ-Aktien zu halten, ausschließlich auf Zentralbanken beschränkt wird. Dementsprechend wurden die 72 648 Aktien der amerikanischen, der belgischen und der französischen Ausgabe, die von Privataktionären (d.h. nicht Zentralbanken) gehalten wurden, gegen eine Entschädigung von 16 000 Schweizer Franken je Aktie obligatorisch zurückgenommen. Zum selben Preis nahm die Bank 2 304 Aktien zurück, die von anderen Zentralbanken als der des jeweiligen Emissionslandes gehalten wurden; die Rücknahme von 500 dieser Aktien wurde nach dem 31. März 2001 abgeschlossen. Der Verwaltungsrat wird zu gegebener Zeit, nach von ihm festzulegenden Modalitäten, diese Aktien unter den bestehenden Aktionärszentralbanken der Bank aufteilen. Die Stimmrechte dieser Aktien werden davon nicht berührt; sie verbleiben bei den Notenbanken Belgiens, Frankreichs und der USA.
- b) Die Kosten für die Rücknahme dieser insgesamt 74 952 Aktien, die sich auf GFr. 384,0 Mio. belaufen, werden in der Bilanz der Bank unter „Eigene Aktien“ als negativer Passivposten ausgewiesen.
- c) 40 Aktien wurden im Geschäftsjahr 2001/02 annulliert. Dabei handelte es sich um die provisorische Ausgabe von je 10 Aktien an die Notenbanken von Bosnien und Herzegowina, Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und Slowenien.
- d) Die Zahl der umlaufenden Aktien, für die eine Dividende für das Geschäftsjahr 2001/02 zahlbar ist, setzt sich wie folgt zusammen:

Begebenes Kapital am 31. März 2002	529 125
Abzüglich: Eigene Aktien	
Von Privataktionären und Zentralbanken	74 952
Sonstige	2 100
Umlaufende dividendenberechtigte Aktien insgesamt	<u>452 073</u>

8. Reserven

Die Reserven der Bank setzen sich wie folgt zusammen:

	2001	2002
Gesetzlicher Reservefonds	33,1	33,1
Allgemeiner Reservefonds	1 303,7	1 330,6
Besonderer Dividenden-Reservefonds	71,5	74,5
Freier Reservefonds	1 726,4	1 869,6
	<u>3 134,7</u>	<u>3 307,8</u>

Die jährlichen Zuweisungen an die verschiedenen Reservefonds sind in Artikel 51 der Statuten der Bank geregelt (s. auch Tabelle II in „Veränderung des Kapitals und der Reserven der Bank“).

9. Einlagen

Die Goldeinlagen bei der Bank stammen ausschließlich von Zentralbanken. Die bei der Bank gehaltenen Währungseinlagen wiesen folgende Aufgliederung nach Laufzeiten auf:

	2001	2002
Zentralbanken		
Sicht	2 293,7	2 214,2
bis zu 3 Monaten	27 176,4	34 372,8
von mehr als 3 Monaten	35 216,9	39 641,0
Andere Einleger		
Sicht	396,8	296,1
bis zu 3 Monaten	1 027,7	1 996,7
von mehr als 3 Monaten	1 163,3	965,6
	67 274,8	79 486,4

10. Außerbilanzielle Geschäfte

a) *Derivate*

Im Rahmen ihres normalen Geschäfts tätigt die Bank außerbilanzielle Finanztransaktionen, u.a. Devisentermingeschäfte, Währungs- und Zinsswaps, Forward Rate Agreements, Futures und Optionen. Diese Instrumente werden zur Steuerung der Zins- und Währungsrisiken der Bank bei ihren Aktiva und Passiva eingesetzt. Bei der Beurteilung von außerbilanziellen Engagements wendet die Bank dieselben Bonitätskriterien an wie bei allen anderen Anlagen.

Nominalbetrag

	2001	2002
Währungskontrakte:		
Devisenswaps und -termingeschäfte	11 542,4	4 704,2
Währungsswaps	1 776,1	5 438,0
Optionen	–	207,9
Zinskontrakte:		
Zinsswaps	41 012,6	69 767,5
Forward Rate Agreements und Futures	21 864,3	29 837,1

Der Nominalwert oder Kontraktwert der verschiedenen Derivate zeigt den Umfang der Aktivitäten der Bank an den verschiedenen Märkten an, er gibt jedoch keinen Hinweis auf das mit den Geschäften der Bank verbundene Kredit- oder Marktrisiko. Der Brutto-Wiederbeschaffungswert sämtlicher Kontrakte, die zu aktuellen Marktwerten einen Gewinn auswiesen, belief sich zum 31. März 2002 auf GFr. 1 601,3 Mio. (2001: GFr. 1 476,1 Mio.).

b) Treuhandgeschäfte

Treuhandgeschäfte werden nicht in der Bilanz ausgewiesen, da sie zwar im Namen der Bank, aber im Auftrag und auf Risiko von Kunden ausgeführt werden.

	2001	2002
Nominalwert der für Kunden verwahrten Wertpapiere	8 400,5	8 140,4
Für verschiedene Einleger verwahrtes Gold	700,3	587,3

c) Pensionssystem und Sparplan des Personals

Die Bank führt ein Pensionssystem und einen Sparplan. Die beiden Fonds sind mit Treuhandfonds vergleichbar, da sie keine eigene Rechtspersönlichkeit haben. Ihre Aktiva werden von der Bank zum alleinigen Nutzen der derzeitigen und ehemaligen Personalmitglieder verwaltet, die den beiden Systemen angeschlossen sind. Sämtliche Zahlungen im Rahmen dieser Systeme werden dem betreffenden Fonds belastet.

Die Bank hat sich verpflichtet, für beide Fonds einen Deckungsgrad von mindestens 105% aufrechtzuerhalten, und sie haftet letztlich für alle Leistungen im Rahmen des Pensionssystems und des Sparplans. Der Anteil der Bank an den Beiträgen für die derzeitigen Personalmitglieder ist jeden Monat in ihren Verwaltungskosten enthalten.

Am 31. März 2002 betrug der Marktwert der Nettoaktiva des Pensionssystems GFr. 257,1 Mio. (2001: GFr. 256,3 Mio.), was einem Deckungsgrad von 108% (2001: 117%) gegenüber dem zuletzt (am 30. September 2001) ermittelten jährlichen versicherungsmathematischen Betrag der Verpflichtungen des Fonds entsprach. Der Marktwert der Nettoaktiva des Sparplans betrug am 31. März 2002 GFr. 24,6 Mio. (2001: GFr. 23,8 Mio.), was einem Deckungsgrad von 106% (2001: 102%) bezüglich seiner zu diesem Datum bestehenden Verbindlichkeiten entsprach. Der jüngste Jahresabschluss des Pensionssystems und des Sparplans wurde für das Jahr erstellt, das am 30. September 2001 endete.

11. Eventualverbindlichkeiten

Einige ehemalige Privataktionäre äußerten sich unzufrieden über die Höhe der Entschädigung, die die Bank ihnen im Zusammenhang mit der obligatorischen Rücknahme der nicht von Zentralbanken gehaltenen Aktien zahlt. Derzeit sind Verfahren beim Schiedsgericht in Den Haag anhängig, und eine Klage ist beim Handelsgericht in Paris eingereicht worden. Die Bank hat erklärt, dass – sollte das Schiedsgericht den Betrag der Entschädigung erhöhen – der erhöhte Betrag für alle zurückgenommenen Aktien gelten würde.

Bericht der Buchprüfer

Bericht der Buchprüfer
an den Verwaltungsrat und die Generalversammlung
der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel

Wir haben die beiliegende Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich einschließlich der Anmerkungen dazu geprüft. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind von der Direktion der Bank in Übereinstimmung mit den Statuten und den in den Anmerkungen unter „Wesentliche Rechnungslegungsverfahren“ wiedergegebenen Bewertungsgrundsätzen erstellt worden. Gemäß den Statuten der Bank besteht unsere Aufgabe darin, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine unabhängige Beurteilung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung abzugeben und Ihnen darüber Bericht zu erstatten.

Unsere Abschlussprüfung umfasste die stichprobenweise Prüfung von Nachweisen für die in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung enthaltenen Zahlen und sonstigen Angaben. Wir haben alle erbetenen Auskünfte und Erklärungen erhalten, die wir benötigten, um festzustellen, dass die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung frei von wesentlichen Fehlern sind. Wir sind der Ansicht, dass die von uns durchgeführten Prüfungshandlungen eine angemessene Grundlage für die Abgabe unseres Prüfberichts bilden.

Nach unserer Auffassung sind die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, einschließlich der Anmerkungen dazu, ordnungsgemäß erstellt worden und vermitteln für das am 31. März 2002 abgeschlossene Geschäftsjahr eine angemessene und getreue Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage; damit entsprechen sie den Statuten der Bank.

PricewaterhouseCoopers AG

Ralph R. Reinertsen

Anthony W. Travis

Basel, 13. Mai 2002

Fünffjahresüberblick über die Bilanz

(in Mio. Goldfranken)

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März	1998	1999	2000	2001	2002
Gold					
<i>Barren</i>	3 037,1	2 801,5	2 265,4	2 195,3	1 910,3
<i>Terminguthaben und Kredite</i>	1 122,4	1 077,2	1 240,4	1 325,8	1 299,6
	4 159,5	3 878,7	3 505,8	3 521,1	3 209,9
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	7,8	8,3	11,4	20,3	3 292,3
Schatzwechsel	1 863,9	7 314,0	7 853,9	4 597,8	9 588,1
Terminguthaben und Kredite in Währungen	34 862,2	32 423,0	41 853,9	44 796,4	45 538,0
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	2 781,0	276,0	1 268,1	3 882,0	1 660,7
Staats- und andere Wertpapiere	18 517,1	22 167,9	20 139,9	18 339,5	23 610,9
Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	–	124,7	120,7	113,2	115,4
Verschiedene Aktiva	258,7	44,5	82,0	783,7	699,1
Aktiva insgesamt	62 450,2	66 237,1	74 835,7	76 054,0	87 714,4
Eingezahltes Kapital	323,2	323,2	330,7	330,7	330,7
Reserven <i>(nach Verwendung des Reingewinns)</i>					
<i>Gesetzlicher Reservefonds</i>	32,3	32,3	33,1	33,1	33,1
<i>Allgemeiner Reservefonds</i>	1 016,3	1 156,4	1 259,1	1 303,7	1 330,6
<i>Besonderer Dividenden-Reservefonds</i>	62,5	65,5	68,5	71,5	74,5
<i>Freier Reservefonds</i>	1 157,4	1 351,4	1 550,9	1 726,4	1 869,6
	2 268,5	2 605,6	2 911,6	3 134,7	3 307,8
Eigene Aktien	–	–	–	(384,0)	(384,0)
Währungsumrechnungskonto	247,2	265,4	191,9	56,0	25,5
Einlagen					
<i>Gold</i>	3 473,7	3 192,6	2 820,2	2 842,3	2 531,4
<i>Währungen</i>	54 023,6	57 705,8	65 903,7	67 274,8	79 486,4
	57 497,3	60 898,4	68 723,9	70 117,1	82 017,8
Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere	30,7	121,5	103,0	990,6	660,0
Pensionssystem des Personals	257,0	–	–	–	–
Verschiedene Passiva	1 773,7	1 965,6	2 519,9	1 760,3	1 704,0
Dividende	52,6	57,4	54,7	48,6	52,6
Passiva insgesamt	62 450,2	66 237,1	74 835,7	76 054,0	87 714,4

Fünfjahresüberblick über die Gewinn- und Verlustrechnung

(in Mio. Goldfranken)

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März	1998	1999	2000	2001	2002
Nettozinsen und sonstige Geschäftseinnahmen	314,9	370,4	376,6	338,7	293,1
Abzüglich: Verwaltungskosten					
<i>Verwaltungsrat</i>	1,3	1,3	1,2	1,1	0,9
<i>Direktion und Personal</i>	39,4	40,9	40,6	39,3	39,0
<i>Geschäfts- und Bürokosten</i>	15,0	18,6	19,4	18,5	18,7
Verwaltungskosten vor Abschreibungen	55,7	60,8	61,2	58,9	58,6
<i>Abschreibungen</i>	–	6,0	7,6	8,1	8,8
	55,7	66,8	68,8	67,0	67,4
Reingewinn für das Geschäftsjahr	259,2	303,6	307,8	271,7	225,7
Dividende	52,6	57,4	54,7	48,6	52,6
	206,6	246,2	253,1	223,1	173,1
Zuweisung an den Allgemeinen Reservefonds	41,3	49,2	50,6	44,6	26,9
	165,3	197,0	202,5	178,5	146,2
Zuweisung an den Besonderen Dividenden-Reservefonds	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
	162,3	194,0	199,5	175,5	143,2
Zuweisung an den Freien Reservefonds	162,3	194,0	199,5	175,5	143,2
	–	–	–	–	–

Verwaltungsrat

Nout H.E.M. Wellink, Amsterdam
Vorsitzender des Verwaltungsrats,
Präsident der Bank

Lord Kingsdown, London
Stellvertretender Vorsitzender

Urban Bäckström, Stockholm
Vincenzo Desario, Rom
David Dodge, Ottawa
Antonio Fazio, Rom
Sir Edward George, London
Alan Greenspan, Washington
Hervé Hannoun, Paris
Masaru Hayami, Tokio
William J. McDonough, New York
Guy Quaden, Brüssel
Jean-Pierre Roth, Zürich
Hans Tietmeyer, Frankfurt am Main
Jean-Claude Trichet, Paris
Alfons Vicomte Verplaetse, Brüssel
Ernst Welteke, Frankfurt am Main

Stellvertreter

Bruno Bianchi oder Stefano Lo Faso, Rom
Roger W. Ferguson oder Karen H. Johnson, Washington
Peter Praet oder Jan Smets, Brüssel
Jürgen Stark oder Stefan Schönberg, Frankfurt am Main
Marc-Olivier Strauss-Kahn oder Michel Cardona, Paris
Paul Tucker oder Paul Fisher, London

Unterausschüsse des Verwaltungsrats

Konsultativkomitee
Geschäftsprüfungsausschuss
unter dem Vorsitz von Lord Kingsdown

Oberste Führungsebene der Bank

Andrew Crockett	Generaldirektor
André Icard	Stellvertretender Generaldirektor
Gunter D. Baer	Generalsekretär, Abteilungsleiter
William R. White	Volkswirtschaftlicher Berater, Leiter der Währungs- und Wirtschaftsabteilung
Robert D. Sleeper	Leiter der Bankabteilung
Renato Filosa	Direktor, Währungs- und Wirtschaftsabteilung
Mario Giovanoli	Rechtsberater, Direktor
Günter Pleines	Stellvertretender Leiter der Bankabteilung
Peter Dittus	Stellvertretender Generalsekretär
Josef Tošovský	Vorsitzender, Institut für Finanzstabilität

Mitgliedszentralbanken der BIZ

Banco Central de la República Argentina	Lietuvos Bankas (Litauen)
Reserve Bank of Australia	Central Bank of Malaysia
Banque Nationale de Belgique	Narodna Banka na Republika Makedonija
Centralna banka Bosne i Hercegovine	Banco de México
Banco Central do Brasil	De Nederlandsche Bank
Bulgarian National Bank	Norges Bank (Norwegen)
The People's Bank of China	Oesterreichische Nationalbank
Danmarks Nationalbank	Narodowy Bank Polski (Polen)
Deutsche Bundesbank	Banco de Portugal
Eesti Pank (Estland)	Banca Natională a României (Rumänien)
Europäische Zentralbank	Central Bank of the Russian Federation (Russland)
Suomen Pankki (Finnland)	Saudi Arabian Monetary Agency
Banque de France	Sveriges Riksbank (Schweden)
Bank of Greece (Griechenland)	Schweizerische Nationalbank
Hong Kong Monetary Authority	Monetary Authority of Singapore
Reserve Bank of India	Národná Banka Slovenska (Slowakei)
Central Bank of Ireland	Banka Slovenije (Slowenien)
Sedlabanki Islands	Banco de España
Banca d'Italia	South African Reserve Bank
Bank of Japan	Bank of Thailand
Narodna Banka Jugoslavije	Ceská národní banka (Tschechische Republik)
Bank of Canada	Türkiye Cumhuriyet Merkez Bankasi
The Bank of Korea	Magyar Nemzeti Bank (Ungarn)
Hrvatska narodna banka (Kroatien)	Board of Governors of the Federal Reserve System (USA)
Latvijas Banka (Lettland)	Bank of England